

### Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration

Samson, Ivo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Samson, I. (1997). *Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration*. (Berichte / BIOst, 2-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42795>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.rrz.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Prioritäten und Probleme der slowakischen Außenpolitik .....	7
1.1 Die erklärten Prioritäten der slowakischen Außenpolitik.....	7
1.2 Einschränkungen der erklärten Prioritäten .....	9
2. Suche nach Sicherheit: Ost oder West? .....	10
3. Die vermeintliche Attraktivität der geopolitischen Lage der Slowakei für Ost und West .....	15
4. Die bilateralen slowakisch-russischen Beziehungen.....	20
4.1 Die Kontinuität der slowakisch-russischen Beziehungen.....	20
4.2 Grundzüge der bilateralen slowakisch-russischen Beziehungen.....	22
4.2.1 Die Beziehungen zur Ukraine als zeitweilige Alternative zur Priorität der slowakisch-russischen Beziehungen. ....	24
4.3 Bilaterale slowakisch-russische Wirtschaftsbeziehungen .....	25
4.4 Die sicherheitspolitische Dimension der slowakisch-russischen Beziehungen.....	29
Summary .....	39

30. November 1996

Der vorliegende Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser arbeitet an der Universität Bratislava und ist z.Z. Forschungsstipendiat an der Universität Gießen.

Redaktion: Gerhard Wettig, Bernd Bentlin



**Ivo Samson**

## **Die Slowakei zwischen Annäherung an Moskau und Streben nach Westintegration**

Bericht des BIOst Nr. 2/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Im Unterschied zur sowjetischen Periode ist die russische Politik 1996 nicht mehr Teil einer imperialen Innenpolitik, sondern einer normalen Außenpolitik. Nach dem jähen Ende der UdSSR Anfang der neunziger Jahre ging das Interesse Rußlands an Ostmitteleuropa, das sich zu dieser Zeit in einigen regionalen Gruppierungen zu profilieren suchte, zurück, da die Russen als Staatsvolk der UdSSR, ihre Aufmerksamkeit primär auf die zusammenbrechende Sowjetunion richteten. Die regionalen Allianzen der mittel- und ostmitteleuropäischen Staaten (die sog. Quadrangonale, Pentagonale, Hexagonale, die Zentraleuropäische Initiative, die Visegrad Gruppe und schließlich die CEFTA) erwiesen sich bald als unfähig, zu einer umfassenden Kooperation zu gelangen und eine institutionell selbständige Existenz neben EG und Osteuropa zu führen. Die praktisch bis 1996 noch relativ gut funktionierenden Gruppierungen, die Visegrad Gruppe und die sich seit 1995 dynamisch entwickelnde CEFTA, wehren sich - mit Ausnahme der Slowakei - gegen eine Institutionalisierung, weil sie nur als Vorbereitungsmechanismen für die Mitgliedschaft in der EU und der NATO gelten wollen. Als die anfänglich - für die Russen akzeptable - Idee einer Position zwischen den Blöcken aufgegeben wurde, änderte Rußland seine tolerante Außenpolitik der Gorbatschow-Zeit. Seit 1992 versucht es den außerhalb der GUS verlorenen außenpolitischen Einfluß zurückzugewinnen, wo immer dafür günstige Bedingungen existieren. Auf der Basis einer neuen außenpolitischen Doktrin, die auf militär-politischem Gebiet von einer neuen Militärdoktrin flankiert wird, sucht die russische Diplomatie dies zu unterstützen.

Während sich Rußland in Südosteuropa verhältnismäßig erfolgreich auf die Festigung seiner Positionen mittels enger Beziehungen zu Bulgarien konzentrierte, suchte es dieses Ziel in Ostmitteleuropa durch die Slowakei zu erreichen. Die Slowakische Republik schien am ehesten geeignet, die Rolle eines Verfechters russischer Interessen in Ostmitteleuropa zu übernehmen. Von den vier Visegrad-Ländern hat allein die Slowakei keine Tradition der Feindschaft zu Rußland und den Russen. Das ist insbesondere auffällig im Vergleich mit Polen und Ungarn, wo das Mißtrauen gegenüber Rußland tief in das 19. Jahrhundert zurückgeht. In diesen zwei Ländern kann es sich keine politische Elite leisten, der Öffentlichkeit eine prorussische Politik zu präsentieren und ebenso wenig kann sich die Tschechische Republik eine derartige Politik leisten. Tschechien, das bis 1992/93 mit der

Slowakei eine Föderation bildete, ist übrigens das einzige Visegrad-Land, das seit der Teilung keine Grenze zu der instabilen Großregion GUS hat. Die Slowakei wird zu guten Beziehungen zur Russischen Föderation auch durch viele andere, hauptsächlich wirtschaftliche Faktoren genötigt. Außerdem gibt es Faktoren politischer Natur, die einem Teil der regierenden Eliten in der Slowakei Rußland attraktiver erscheinen lassen als Westeuropa.

Rußland ist heute nicht mehr in der Lage, die Visegrad-Länder direkt zu kontrollieren, weil die ostmitteleuropäischen Staaten mit der Ausnahme der Slowakei 1996 als Kandidaten der ersten Welle für die Mitgliedschaft in EU und NATO gelten. Da das Verhindern der Integration dieser Länder in die westlichen Integrationsstrukturen zu den offiziellen Zielen Rußlands gehört, kommt die slowakische Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Russischen Föderation sehr gelegen. Eine fundamentale Wende in den slowakisch-russischen (im Gegensatz zu den tschechoslowakisch-russischen) Beziehungen fand schon im ersten Jahr der slowakischen Selbständigkeit statt, d.h. 1993, als die Beziehungen eine vertragliche Grundlage erhielten, deren Tiefe in den anderen Visegrad-Staaten ohne Parallele sind. Diese in Ostmitteleuropa in der Zeit nach dem Regimewechsel Ende der achtziger Jahre beispiellose Annäherung steht im Widerspruch zu dem erklärten Bemühen um Integration in EU und NATO.

### *Ergebnisse*

1. Die slowakische Außenpolitik ist nach Meinung vieler ausländischer Beobachter und Politiker gegenwärtig nicht voll berechenbar. Diese Meinung vertritt in ihrer Mehrheit die gebildete Öffentlichkeit in der Slowakei. Die slowakische Gesellschaft ist heute, Mitte der 90er Jahre, in der Frage der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung des Landes tief gespalten: Die von der Regierung noch unabhängigen Kreise (wissenschaftliche Institutionen, Hochschulen, ein Teil der Kirchenhierarchie) und die Wählerschichten mit höherer Bildung befürworten eine eindeutige Orientierung auf die Integration in westliche wirtschaftliche, sicherheitspolitische und sogar militärische Strukturen. Die an die Regierung gebundenen Fachkreise (die in sichtbarer Minderheit sind) und die Wähler mit niedrigerer Bildung (die Basis der gegenwärtigen Regierungskoalition), verhalten sich zur Integration weniger positiv, d.h. entweder neutral oder mehr oder weniger ablehnend.
2. Je reservierter die Einstellung zur Integration in die EU bzw. NATO ist, desto eher neigt man in der Regel dazu, enge Beziehungen zu Rußland zu akzeptieren. Bei dem gegenüber der Integration negativ eingestellten Teil der Bevölkerung gilt die Bindung an Rußland als Garantie gegen einen befürchteten überstürzten Sprung in das westliche Milieu, das die Bürger nicht kennen und daher fürchten. Die osteuropäische Welt, konkret die in der Sprache sich widerspiegelnde Denkweise, ist auch einem Teil der wirtschaftlichen, insbesondere aber der militärischen Elite vertraut.
3. Da die slowakische Regierung das Anfang 1995 dargelegte Programm als verbindliches Hauptdokument der Außenpolitik betrachtet, sieht sie sich immer wieder in Schwierigkeiten, die deklarierte und praktische Außenpolitik miteinander in Einklang zu bringen. Sie

sieht sich gebunden zum einen durch erklärte Integrationsbereitschaft und durch assoziierte EU-Mitgliedschaft und zum anderen durch Verpflichtungen gegenüber Moskau.

4. Der Zurückhaltung der NATO bezüglich des slowakischen Antrags auf volle Mitgliedschaft und der Kritik der EU an den innenpolitischen Defiziten (Konzentration der Macht in den Händen einer Person, undemokratische Behandlung der Opposition im Parlament, Verstöße gegen Minderheitenrechte) sucht man in Bratislava mit dem Hinweis zu begegnen, daß der Westen die Slowakei wegen ihrer geopolitischen Lage benötige. Aufgrund dieser Überschätzung der eigenen Rolle hält man sich für unentbehrlich für den Westen. EU und NATO seien, so glaubt man, darum gezwungen, die innenpolitische Entwicklung in der Slowakei und die Beziehungen des Landes zu Rußland mit Wohlwollen zu betrachten, eine Überzeugung, die von Regierungsseite und von Spitzenpolitikern einschließlich des Ministerpräsidenten offen ausgesprochen wird. Für den Fall, daß der Westen die außen- und innenpolitische Entwicklung der Slowakei nicht akzeptiere, wird eine schlagartige Umorientierung nach Osten angedroht. Alternativ dazu ist von der Möglichkeit internationaler Neutralität die Rede, was unter den gegebenen Umständen den russischen Intentionen entspricht. Aus diesem Lavieren ergibt sich teilweise Orientierungsunsicherheit und teilweise Suche nach einer sicherheitspolitischen Ausrichtung (Ost oder West), stellenweise sogar der direkte Versuch, die europäischen Partner politisch zu erpressen, weil man sich für unentbehrlich hält.
5. Der Widerspruch zwischen Deklamation und Realität tritt am markantesten in der Zusammensetzung der Regierungskoalition zutage. Neben der bezüglich ihrer Orientierung nach Osten oder Westen noch nicht klar festgelegten Regierungspartei HZDS gehören der Koalition zwei weitere Parteien an, die sich offen gegen die Westintegration stellen, obwohl sie sich in der Programmklärung ohne Vorbehalte dazu bekannt haben. Wenn auch nur eine dieser zwei Parteien (die faktisch neofaschistische SNS oder die neokommunistische ZRS) die HZDS nicht unterstützt, ist diese regierungsunfähig. Im Falle eines Machtverlusts stehen für die HZDS jedoch - für slowakische Verhältnisse riesige - Gewinne aus der Privatisierung von Staatseigentum auf dem Spiel.
6. Die wirtschaftliche Dimension der slowakisch-russischen Beziehungen wird in der 1995 und 1996 immer stärker gewordenen Bindung an die russische Wirtschaft deutlich, wie es der Kontinuität der slowakisch-russischen Beziehungen noch aus der Zeit der Föderation mit Tschechien Anfang der 90er Jahre entspricht. Einige Zweige der slowakischen Wirtschaft waren in den 70er und 80er Jahren als Monokulturen aufgebaut: worden, die vollständig von sowjetischen Rohstoffen und Absatzmärkten abhängig waren. Es gibt einige Betriebe, denen aus dem Handelsaustausch mit der russischen Wirtschaft Riesengewinne zufließen. An sehr intensiven Beziehungen zu Rußland sind daher die Leitungen großer Firmen interessiert, die von Lieferungen russischer Rohstoffe abhängig sind und Garantien des slowakischen Staates benötigen. Diese zahlen sie dann der Regierung in Bratislava dadurch zurück, daß sie die Bewegung HZDS unterstützen. Dies kann man als Partei- und Lobbypartikularismus in der Slowakei bezeichnen.



7. Die intensiven slowakisch-russischen bilateralen politischen Beziehungen wurden bis 1996 in etwa 60 Verträgen auf Regierungsebene festgeschrieben. Am wichtigsten darunter sind der sog. Grundvertrag und der Vertrag über die militärische Zusammenarbeit, jeweils von 1993. Darin tritt die außen- und sicherheitspolitische Schizophrenie (wie man in der Slowakei in bezug auf die Außenpolitik oft sagt) deutlich zutage, weil die Implikationen der in den Verträgen enthaltenen Verpflichtungen gegenüber Rußland in erheblichem Widerspruch zu den Verbindlichkeiten stehen, welche die Slowakei gleichzeitig gegenüber dem Westen einging.
8. Zu den sicherheitspolitisch bedingten Beziehungen zwischen der Slowakei und Rußland gehört die Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie. Die Slowakei hat große Ambitionen, den traditionellen Ruhm ihrer Rüstungsindustrie zu erneuern. Die Kooperation mit der russischen Seite hat in dieser Hinsicht eine lange Tradition. Die leistungsfähigsten slowakischen Experten können sich auf persönliche Kontakte in der Russischen Föderation und auf gute Russischkenntnisse stützen, da die ehemalige UdSSR der Hauptabnehmer der - auf sowjetischen Lizenzen beruhenden - schweren Militärtechnik war.
9. Zu den auffälligsten Merkmalen der slowakisch-russischen Beziehungen gehört die Asymmetrie: Es handelt sich um Beziehungen von zwei Staaten mit nicht zu vergleichenden Wirtschafts- und Machtpotential. Aus dieser Disproportionalität ergibt sich die inhaltliche Verschiedenheit in den bilateralen Beziehungen. Während für die Slowakei die Beziehungen einen zuerst wirtschaftlichen und erst in zweiter Linie politischen Charakter haben, ist für Rußland die wirtschaftliche Seite des Verhältnisses unwichtig. Das russische Interesse an wechselseitigen Beziehungen wird wesentlich durch das politische Interesse an der gesamten ostmitteleuropäischen Region bestimmt.

## 1. Prioritäten und Probleme der slowakischen Außenpolitik

### 1.1 Die erklärten Prioritäten der slowakischen Außenpolitik

Im Programm der dritten slowakischen Regierung seit der Erklärung der Unabhängigkeit am 1. Januar 1993,<sup>1</sup> der zweiten Regierung Mečiar, wird die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation lediglich mit einem Satz erwähnt, und das auch nur im Rahmen der GUS. Gemäß diesem Regierungsprogramm setzt die Slowakische Republik folgende außenpolitische Prioritäten: An erster Stelle stehen die Beziehungen zu den europäischen und transatlantischen politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Strukturen; die zweite Stelle nimmt die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE ein, und an dritter Stelle steht die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Tschechische Republik, Österreich, Polen, Ungarn und Ukraine (in dieser Reihenfolge); es folgen die anderen mit der EU assoziierten Länder und die Staaten Südosteuropas und des Baltikums, die sich an den europäischen Integrationsprozessen beteiligen wollen. Weiter erwähnt das Regierungsprogramm andere hochentwickelte demokratische Länder Europas sowie die USA, Kanada und Japan, insbesondere die Gruppe G-7. Erst an letzter Stelle wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und den anderen Mitgliedsstaaten der GUS genannt.<sup>2</sup> Die "rein wirtschaftlichen" Beziehungen der Slowakei zur RF wurden 1995/96 von führenden slowakischen Politikern mehrfach betont.<sup>3</sup>

Diese außenpolitische Prioritätenliste stößt auf heftige Kritik seitens der Oppositionsparteien, die den regierenden Koalitionsparteien doppeltes Spiel in bezug auf die Integrationsabsichten vorwerfen. Die weit über das erklärte Maß hinausgehenden und nicht ganz transparenten Beziehungen zur RF verleihen der Slowakei eine Sonderstellung unter den Visegrad-Staaten: Im Unterschied zu den Partnern wird die Innenpolitik der Slowakei nicht von einer Partei oder einer reinen Parteienkoalition, sondern von einer breitangelegten Bewegung dominiert, die die Rolle eines klaren Hegemonen im Lande spielt.<sup>4</sup>

Die Slowakei betont mehr als die anderen ostmitteleuropäischen Länder den historischen und geopolitischen Aspekt ihrer Existenz, was darauf zurückzuführen ist, daß sie (im Unterschied

---

<sup>1</sup> Seit dem Regimewechsel im November 1989 erlebte die Slowakei insgesamt sechs Regierungen: drei Nationalregierungen im Rahmen der tschechoslowakischen Föderation und drei im selbständigen Staat. Vladimír Mečiar wurde vom slowakischen Parlament (dem Nationalrat) zuerst im April 1991 und zum zweiten Mal im März 1994 durch Mißtrauensvotum abgesetzt.

<sup>2</sup> Siehe: Programové vyhlásenie vlády Slovenskej Republiky (Programmerklärung der Regierung der Slowakischen Regierung), in: Sme, 16.1.1995.

<sup>3</sup> Siehe z.B. die Rede von Ministerpräsident Mečiar in der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik während des Bertelsmann Forums in Bonn am 19.1.1996.

<sup>4</sup> Die von Vladimír Mečiar geführte Hnutie za demokratické Slovensko/HZDS (Bewegung für eine demokratische Slowakei) hat seit 1992 beide Parlamentswahlen mit mehr als einem Drittel der abgegebenen Stimmen gewonnen und bis Anfang Oktober 1996 hat sie gemäß allen Meinungsumfragen stets ihre Anhängerzahl - ungefähr 30-35% der Wählerstimmen - behalten (siehe z.B. die von der Agentur FOCUS regelmäßig durchgeführten Meinungsumfragen).

zu Polen, Ungarn oder der Tschechischen Republik) nie eine unbestrittene staatliche Existenz erlebte. Gegenüber den anderen Mitgliedern der Visegrad-Gruppe hat die Slowakei einige Image-Defizite:

- sie ist bei weitem das kleinste Land der ostmitteleuropäischen Region mit der niedrigsten Bevölkerungszahl;<sup>5</sup>
- sie ist das Land mit dem höchsten Anteil nationaler Minderheiten in der Region;<sup>6</sup>
- sie trat in die Familie der europäischen Staaten mit dem - wenn auch unverdienten - Makel des "Spalters" der Tschechoslowakei ein;
- sie besitzt im Unterschied zu den anderen Visegrad-Staaten fast keine Tradition der demokratischen Entwicklung und der demokratischen politischen Kultur;

Hauptsächlich aus Furcht vor Isolation in der Region behielt die Slowakei nach der Trennung vom tschechischen Landesteil die außenpolitischen Ziele der vormaligen Föderation - prowestliche Orientierung und europäische Integration - bei, obwohl diese Ziele nicht eindeutig der politischen Kultur des Landes (und den Wählerpräferenzen) entsprechen. Hieraus ergibt sich die Diskrepanz zwischen der deklarierten und der realen Außenpolitik der Slowakei in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Offiziell realisierte die Slowakei auch 1996 die der Regierungserklärung zugrundeliegenden Zielsetzungen:

1. Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit der EU und deren einzelnen Mitgliedsländern, um vollberechtigte Mitgliedschaft in den europäischen Integrationsgruppierungen zu erreichen. Gemäß dem Assoziationsabkommen arbeitet die Slowakei systematisch an der Angleichung der slowakischen Gesetzgebung an die europäischen Rechtsnormen.
2. Bemühung um Aufnahme in die europäischen und transatlantischen Verteidigungsstrukturen (WEU, NATO) als vollberechtigtes Mitglied.
3. Bemühungen um konfliktfreie Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zu den europäischen Staaten, den Staaten der G-7 und zur Russischen Föderation.
4. Nutzung der Mitgliedschaft in regionalen Gruppierungen und (im Unterschied zur Tschechischen Republik) Bemühung um eine teilweise Institutionalisierung dieser Gruppierungen.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Fläche: 49.035 km<sup>2</sup>, Bevölkerungszahl: 5,3 Millionen 1996.

<sup>6</sup> Nach der bisher letzten Volkszählung sind es offiziell 15% der Bevölkerung. Fast 11% bildet die ungarische Minderheit. Unter Berücksichtigung der Roma (Zigeuner), die sich in der Volkszählung meistens als ethnische Slowaken deklarierten, wird die Zahl der ethnischen Minderheiten auf rund 20% geschätzt. Siehe: Hans Renner; Ivo Samson, De Hongaarse minderheid in Slowakije (Die ungarische Minderheit in der Slowakei), in: Internationale Spectator, Nr. 46/10, 1992.

<sup>7</sup> Hierzu gehören die gescheiterten slowakischen Vorschläge während der zwei letzten Gipfeltreffen der CEFTA, (September 1995 und September 1996) ein permanentes Sekretariat der CEFTA in Bratislava zu errichten.

5. Bemühung um die Lösung der mit Menschen- und Minderheitenrechten verbundenen Probleme; aktiver Einsatz für die Schaffung eines allgemeinen europäischen Standardschutzes für nationale Minderheiten.<sup>8</sup>

### ***1.2 Einschränkungen der erklärten Prioritäten***

Als neuer Staat mit nur wenigen erfahrenen Diplomaten mußte die Slowakei auf solche diplomatischen Kräfte zurückgreifen, die größtenteils in Moskau ausgebildet worden waren und nach der Trennung der Föderation in die Dienste der Slowakischen Republik traten. Im Unterschied zu den anderen Staaten der Visegrad-Gruppe erbt die Slowakei fast keine bürgerliche Opposition. Die im Exil lebenden Slowaken gehörten zumeist der nationalorientierten oder kirchlichen Emigration an, die kaum Kontakt mit den modernen Integrationsströmungen in Europa hatte. Daher konnte die Slowakei bei der "Harmonisierung" des slowakischen Rechts mit dem EU-Recht nicht in dem gleichen Umfang wie in den Nachbarstaaten auf unbelastete Experten zurückgreifen. In den meisten Fällen handelt es sich um dieselben Personen, die sich vor 1989 jahrelang gegen die "kapitalistische" Integration ausgesprochen hatten und deren "Wende" oft unglaublich ist.

Dasselbe gilt für die Orientierung auf die Verteidigungsstrukturen des Westens. Das Denken der meisten hohen Offiziere ist tief in einem "östlichen" Weltbild verankert und hat das Denken der Bevölkerung entsprechend geformt. Eine der Koalitionsparteien, die neokommunistische Assoziation der slowakischen Arbeiter (ZRS),<sup>9</sup> boykottiert mit NATO-feindlichen Erklärungen ganz offen das Regierungsprogramm, das sie selbst unterschrieben hat. Diese Partei, deren Stimmen im Parlament für die regierende HZDS lebenswichtig sind, erklärt öffentlich, daß das "Einschleppen" der Slowakei in EU und NATO das Elend der Bürger vertiefen werde und daß die ZRS die Integration ablehne. Für Februar 1997 hat diese Regierungspartei sogar eine Volksabstimmung über den Beitritt zur EU initiiert und ihre Wähler dazu aufgerufen, den Beitritt abzulehnen.<sup>10</sup>

So sehr sich die slowakische Regierung auch bemüht, die Beziehungen zu den Nachbarn friedlich zu gestalten, sie stößt in der Bevölkerung (wiederum im Unterschied zu den Polen, Tschechen und Ungarn) auf ein tief eingewurzeltetes Mißtrauen gegen den Westen, das schon in den Vorstellungen der slowakischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert zu finden ist.<sup>11</sup> Die Kontinuität dieses Mißtrauens zeigt sich in vielen Erklärungen führender slowakischer Politiker, die offen zur Vorsicht vor westlichen Einflüssen aufrufen und in jeder Kritik eine

---

<sup>8</sup> Insgesamt siehe: Martin Bútora, Peter Hunčík, Slovensko 1995. Súhrnná správa o stave spoločnosti (Die Slowakei 1995. Ein umfassender Bericht über den Stand der Gesellschaft). Bratislava 1996, S. 28.

<sup>9</sup> Združenie robotníkov Slovenska. Im dem 150 Mitglieder zählenden Parlament, in dem die regierende Koalition eine Mehrheit von 7 Stimmen hat, verfügt diese Partei Ende 1996 über 12 (ursprünglich 13) Abgeordnete.

<sup>10</sup> Siehe in: Pravda, 12.10.1996.

<sup>11</sup> Siehe z.B. die Ideen des eigentlichen "Gründers" der modernen slowakischen Nation und der modernen slowakischen Sprache Ludovít Štúr, in: Ludovít Štúr, Slovanstvo a svet budúcnosti (Das Slawentum und die Welt der Zukunft), Bratislava 1993.

"Verschwörung" zu erkennen glauben.<sup>12</sup> Versuche, die Beziehungen zu Ungarn zu normalisieren, stoßen nicht nur bei den Wählern, sondern vor allem auch bei den Koalitionspartnern der HZDS auf Ablehnung. Einer von ihnen, die Slowakische Nationalpartei (SNS),<sup>13</sup> blockierte die parlamentarische Ratifizierung des im März 1995 unterschriebenen Grundvertrags über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Die Ratifizierung des Vertrags im März 1996 kam erst zustande, nachdem den Nationalisten etliche Zugeständnisse gemacht worden waren, die dem Geist des Vertrags in vieler Hinsicht widersprechen.

Die Slowakei gilt in den zwei wichtigsten regionalen Gruppierungen - Visegrad und CEFTA - als das schwächste Mitglied (die Zentraleuropäische Initiative spielt in der ostmitteleuropäischen Politik fast keine Rolle mehr). In einer Institutionalisierung der regionalen Allianzen sehen die anderen Partner (insbesondere die tschechische Regierung Klaus) ein Hindernis für ihre individuelle Profilierung. Dagegen ist für die Slowakei wichtig, die Gruppierungen als einen Block zu behandeln. Die regierenden Eliten sind sich dessen bewußt, daß sie im Unterschied zu den Partnern den Durchbruch zur Integration nicht allein schaffen können.

Die Minderheitenpolitik steht vor den gleichen Problemen wie die Bemühungen um gutnachbarliche Beziehungen. Nicht nur die Slowakische Nationalpartei, sondern auch ein großer Teil der Bevölkerung sieht in der ungarischen Minderheit und in Ungarn überhaupt den klassischen nationalen Erzfeind. Jedes Zugeständnis an die ungarische Minderheit wird deshalb als Ermunterung einer befürchteten ungarischen Irredenta gewertet. Die antiungarischen Stimmungen und das Beharren auf individuellen (nicht kollektiven) Minderheitenrechten haben eine starke Basis in der HZDS. Jedenfalls haben in der Slowakei seit 1992 immer diejenigen politischen Kräfte die Wahlen gewonnen, die - mehr oder weniger stark - die nationale Karte ausgespielt haben. Das Anbieten der Regierung bei potentiellen nationalistischen Wählern bringt die Regierung und die offizielle Slowakei in ein gespanntes Verhältnis zur EU und zum Europarat.

## **2. Suche nach Sicherheit: Ost oder West?**

Ähnlich wie die anderen ehemaligen kommunistischen Staaten hat auch die Slowakei beim Konzipieren einer unabhängigen Sicherheitspolitik Schwierigkeiten, eine gemeinsame Sprache mit den NATO-Staaten zu finden. Die "sowjetische" Sicherheitssprache hat das Bewußtsein der im Kommunismus erzogenen Eliten auf lange Zeit geprägt. Die althergebrachten begrifflichen Instrumente stammen in der Regel aus dem terminologischen Arsenal des Warschauer Pakts, und Kompatibilität der Begriffe ist unter den neuen Bedingungen noch dringlicher als Kompatibilität der Waffen. So sind slowakische Sicherheitsexperten bei der Ausarbeitung einer Sicherheitskonzeption ständig mit

---

<sup>12</sup> Hierzu gehören die Kommentare der faktischen außenpolitischen Sprecher im Apparat der regierenden Bewegung (Dušan Slobodník, Olga Keltošová, Roman Hofbauer). Siehe z.B. Hry poslanca a publicistu Romana Hofbauera (Spiele des Abgeordneten und Publizisten Roman Hofbauer) in: Sme, 9.8.1995.

<sup>13</sup> Slovenská národná strana. Im Parlament mit 9 Abgeordneten vertreten.

Schlüsselbegriffen konfrontiert, die der weiteren Analyse bedürfen. Da aber in den vier bedeutendsten westlichen Ländern - USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien - viele Schlüsselbegriffe auf unterschiedliche Weise interpretiert werden, wird für die Slowakei, die bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre keinen primären Sicherheitspartner im Westen gefunden hat, das Verstehen der Sicherheitsproblematik noch weiter erschwert.

Nach slowakischer Auffassung sind die staatlichen und die nationalen Interessen<sup>14</sup> völlig identisch, und sie werden auch mit den strategischen Interessen gleichgesetzt, die wiederum den Lebensinteressen entsprechen. Dies ist auch die sowjetische bzw. russische Sicherheitsauffassung. In den westeuropäischen Staaten sind Lebensinteressen und strategische Interessen nicht identisch. Das Lebensinteresse scheint in allen diesen Staaten dasselbe zu sein: das Überleben der Nation zu sichern und im Falle einer Aggression über verlässliche Instrumente der Verteidigung zu verfügen. Das strategische Interesse hängt dagegen von der Größe, den Ambitionen, der Aufgabe und der Rolle des Staates in der Weltpolitik ab. Sowohl Lebensinteressen als auch strategische Interessen sollen mit demselben Einsatz verteidigt werden. Die Grenze zwischen beiden Interessen ist fließend und hängt von der Entwicklung der konkreten Situation ab. Es ist die Aufgabe von Politikern und Staatsmännern, Lebensinteressen und strategische Interessen so einzuschätzen, daß für das jeweilige Land keine Gefahr entsteht. Bei einer Integration der Slowakei in die NATO wird vor allem das Problem der Identität von nationalen und staatlichen Interessen gelöst werden müssen. Bei einer Vermischung dieser Werte werden rund 15 Prozent der Bevölkerung der Slowakei von der Wahrnehmung ihrer Lebensinteressen ausgeschlossen.

In den angelsächsischen Ländern und insbesondere in den USA ist Sicherheit ein Synonym für die Verteidigung langfristig gepflegter Werte und ein Mittel zum Erreichen nationaler Ziele im Verhältnis zu anderen Staaten und internationalen Organisationen. Dieser Zustand wird erreicht, wenn das Überleben des Staates, seine Unabhängigkeit, das Leben seiner Bürger und eine dauerhafte Entwicklung gewährleistet sind. Sicherheit bedeutet also, daß die Lebensinteressen der Bürger und des Staates aktiv gegen äußere und innere Bedrohung verteidigt werden. Dabei spielt es nur eine geringe Rolle, ob diese Bedrohung realen, potentiellen oder lediglich hypothetischen Charakter hat.<sup>15</sup> Die deutsche Auffassung betont die Sicherung der Werte gegen äußere und innere Feinde. Große Bedeutung wird der Sicherung und Durchsetzung von Werten im Rahmen des gegebenen sozialen Systems beigemessen. Die äußere und innere Sicherheit wird in den politischen, den wirtschaftlichen und den militärischen Aspekt unterteilt. Sicherheit wird als ein Zustand verstanden, der die Integrität und Unverletzlichkeit des Staates gewährleistet. Das ist eine Grundvoraussetzung für

---

<sup>14</sup> Die im slawischen Kulturkreis übliche ethnische Konnotation der Nation fand ihren Ausdruck auch in der Präambel der Verfassung der Slowakischen Republik, wonach die Macht in den Händen der "slowakischen Nation" und nicht des Volkes oder der Bürger liegt. Erst an zweiter Stelle werden die Angehörigen der nationalen Minderheiten erwähnt, die dann mit der "slowakischen Nation" die Kategorie der "Bürger" bilden. Das steht im Widerspruch z.B. zur Verfassung der Tschechischen Republik.

<sup>15</sup> Siehe: *Bezpečnostní politika České republiky* (Die Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik). Prag 1994, S. 5.

die Lebensfähigkeit des Staates.<sup>16</sup> In Frankreich wird Sicherheit definiert als "Zustand der Ruhe, wenn keine Gefahr droht". Sicherheit gilt allgemein als ein sehr wechselhafter Zustand, der hauptsächlich von äußeren Einflüssen, aber auch von der Gestaltung der Innenpolitik abhängt. Die Sicherheit des Staates ist, bezogen auf die konkrete Situation und im Hinblick auf militärische oder nichtmilitärische Bedrohungen immer nur relativ. Die objektive Seite besteht in realen Bedrohungen und die subjektive ergibt sich daraus, wie diese vom jeweiligen Staat empfunden werden, welche Bedeutung er ihnen zumißt und wie er darauf reagiert.<sup>17</sup> Das regelmäßig veröffentlichte Dokument zur nationalen Sicherheitsstrategie der USA stellt die Grundinteressen und Ziele der USA auf dem Gebiet der Außen- und Innenpolitik dar und zeigt Mittel zu ihrer Realisierung auf. Der Begriff der Sicherheit wird in der Regel davon abgeleitet, ob die Sicherheit einen Beitrag für das System der eigenen Werte und Interessen leistet. Isolationismus spielt dabei keine Rolle, und Staaten wie Staatenkoalitionen, ob in der Form der Kooperation oder Ideenintegration, sind willkommene Partner.<sup>18</sup>

In der Slowakei wird der an sich schon sehr umfassende Begriff Sicherheitspolitik im breitesten Sinne verwendet<sup>19</sup> und es gibt keine Regeln, welche die Sicherheitspolitik normativen Beschränkungen unterwerfen würden. Sicherheitspolitik, wie sie zur Zeit in der Slowakei verstanden wird, ist nicht nur eine Konzeption für Kriegszeiten, sondern ein natürliches Element der neuen Staatlichkeit. Sie umfaßt mehr als nur eine Strategie zur Gewährleistung militärischer Sicherheit, sie stellt den höchsten Typus einer sowohl die Außen- als auch die Innenpolitik integrierenden Strategie dar, wodurch die Verteidigung des Staates erreicht werden soll. Nach 1993 zeichnete sich die Slowakei dadurch aus, daß sie unter den Visegrad-Ländern der einzige Staat war, dessen Verteidigungsministerium von einem Berufssoldaten geleitet wurde.<sup>20</sup>

Die amerikanische Konzeption der Sicherheitspolitik, deren Grundlage die Größe, Stärke und Verteidigungsfähigkeit der Vereinigten Staaten und ihre Verantwortung für die internationale Sicherheit ist, ist für die slowakischen Bedingungen zu globalistisch und daher untauglich. Auch die deutsche Auffassung der Sicherheitspolitik ist für die Slowakei kaum anwendbar, weil sie auf Veränderungen der internationalen Situation als Subjekt reagiert, während die Slowakei sich in dieser Hinsicht eher als Objekt sieht. Die äußeren Aspekte der Sicherheit der deutschen Sicherheitspolitik sind für die Slowakei kaum von Interesse, obwohl einige Züge der deutschen Außenpolitik für die Slowakei attraktiv werden könnten, denn im Unterschied zur Vergangenheit, als die deutsche Sicherheitspolitik großen Wert auf die Abschreckung legte, orientiert sie sich heute mehr auf "Sicherheitspartnerschaft", auf "kollektive Sicherheit" und auf die Bildung eines Potentials der "kollektiven Reaktion" im Rahmen eines

---

<sup>16</sup> Siehe: Klaus Kinkel, *Nemecká bezpečnostní politika (die deutsche Sicherheitspolitik)*. Prag 1994, S. 7.

<sup>17</sup> Siehe: *Le livre blanc sur la Défence de la France*. Paris 1994, S. 165.

<sup>18</sup> Siehe in: *National Security Strategy in the USA*. 1995.

<sup>19</sup> Siehe den sicherheitspolitischen Teil in: *Armáda Slovenskej republiky (Die Armee der Slowakischen Republik)*. Bratislava 1996, Teil I.

<sup>20</sup> Von General Imrich Andrejčák, bis zur erzwungenen Demission der Regierung 1994.

gemeinsamen Systems der internationalen Sicherheit. Am nächsten unter den westlichen Auffassungen von Sicherheit steht der slowakischen Sicherheitspolitik vielleicht die französische Auffassung, da sie eine möglichst effektive Eliminierung von Bedrohungen und Risiken sucht und Prävention gegen Gefahren anstrebt. Die französische Auffassung steht der slowakischen auch deshalb nahe, weil sie relativ "introvertiert" und auf die Souveränität des eigenen Landes ausgerichtet ist. Aber auch diese Nähe ist nur relativ, denn Frankreich spielt im Vergleich mit den anderen europäischen Mächten und den USA nur eine geringe Rolle im sicherheitspolitischen Kalkül der Slowakischen Republik.

Mit der russischen Konzeption der Sicherheitspolitik steht die slowakische Konzeption völlig im Einklang, soweit es um die nationalen Interessen geht, denen die Sicherheitspolitik untergeordnet wird.<sup>21</sup> Die Frage nach den "nationalen Interessen" stellte sich in der Slowakei früher als in Tschechien, wo man die "tschechischen nationalen Interessen" erst im Herbst 1992 entdeckte. Dagegen wurden in der Slowakei die nationalen Interessen faktisch schon legalisiert, als noch tschechoslowakische Staatsinteressen unstrittig waren. Das "nationale Interesse" nahm nach 1993 und insbesondere nach 1995 unter den Kategorien der Sicherheitspolitik einen vorrangigen Platz ein und die Qualität, und das Niveau der Verwendung dieses Begriffs hat Mitte der neunziger Jahre große Bedeutung für die Kultivierung der eigenen nationalstaatlichen Identität gewonnen. Zugleich ist es ein wichtiges Signal für ausländische Politiker und Sicherheitsexperten. Beim Vergleich mit den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten kann man feststellen:

1. Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft ist die Slowakei unter den Staaten Ostmitteleuropa derjenige, in welchem das Nationale am meisten betont wird.
2. Als am wenigsten anfällig für Nationalismus hat sich Tschechien erwiesen, gefolgt von Ungarn, überraschend schwach tritt er in Polen zutage und - erwartungsgemäß - ungewöhnlich stark in der Slowakei, wo das in Westeuropa übliche politische Rechts-Links-Schema durch eine Unterscheidung in "proslowakisch" und "antislowsakisch" ersetzt wird.
3. Charakteristisch für die Entwicklung ist in der Mitte der neunziger Jahre ist nach wie vor die Krise der gesellschaftlichen Identität und eine Mobilisierung der Massen mittels emotionsbeladener Symbole.<sup>22</sup>
4. Das "nationale Interesse" wird in der Slowakei ständig als emotionales Symbol eingesetzt. So werden im tagespolitischen Geschäft bestimmte "heilige" Prinzipien (ethnische Definition der Nation, die 1996 erfolgte gesetzliche Erklärung des Slowakischen zur alleinigen Staatssprache sowie das nichtethnische Prinzip bei der Definition des staatlichen Territoriums) dazu benutzt, politische Entscheidungen zu begründen.

---

<sup>21</sup> Die russischen nationalen Interessen werden im Rahmen der Russischen Föderation als "russkije" bezeichnet und so den Staatsinteressen gleichgesetzt. Die derzeitige Verfolgung dieser Interessen im Kaukasus identifiziert auf diese Weise die Verteidigung des Staatlichen und des Ethnischen.

<sup>22</sup> Siehe in: Ján Bunčák, *Národný záujem Slovenska* (Das nationale Interesse der Slowakei), in: *Medzinárodné otázky* (Internationale Fragen), Nr. 2, 1994, S. 19.



Die slowakische Legislative bemüht sich nach Kräften, dem Staat das Monopol über die nationalen Symbole zu erhalten. Politikern, die der Macht der nationalen Symbole widerstanden, ist es nicht gelungen, sich an der Macht zu halten, und wiederholt hat sich gezeigt, daß universelle Werte wie Rechtsstaat, christliche Werte oder Bürgergesellschaft in der Bevölkerung wenig Resonanz finden, wenn sie in Konkurrenz zu den nationalen Symbolen auftreten. Es fragt sich freilich auch, ob eine so junge und dynamische Gesellschaft<sup>23</sup> am Ende des 20. Jahrhunderts ohne ein halbmythisches Weltbild auskommen könnte. Die übertriebenen Befürchtungen vor dem Eindringen supranationaler Einflüsse in die Slowakei führten zu Maßnahmen, die an der äußersten Grenze dessen stehen, was in der EU als rechtsstaatlich akzeptiert wird. So trat am 1. Oktober 1996 das Gesetz über die Staatssymbole in Kraft, das die öffentliche Verwendung von Symbolen eines anderen Staates (Aushängen der Flagge, Spielen der Nationalhymne) verbietet, sofern nicht eine offizielle Delegation des betreffenden Staates anwesend ist. Dieses Gesetz wird von der ungarischen Minderheit als Beschränkung ihres Rechts angesehen, ungarische Nationalsymbole zu benutzen. Den Protesten des ungarischen Außenministeriums hat sich die im Parlament vertretene Ungarische Koalition angeschlossen, die einen offenen Brief an die Regierungen der EU und der NATO angekündigt hat, in dem beklagt wird, daß

- in der Slowakei die parlamentarische Demokratie und der Rechtsstaat bedroht seien;
- schrittweise auch andere demokratische Institutionen abgebaut werden;
- eine gewaltsame Verstaatlichung der Kultur stattfinde;
- die Slowakei sich auf dem Wege in einen neuen Totalitarismus befinde, der sich in der Festigung der zentralisierten Staatsmacht und der faktischen Negation des Subsidiaritätsprinzips äußere;<sup>24</sup>

Diese Entwicklung, für die das letztgenannte Gesetz nur ein Beispiel ist, zeigt, daß die Slowakei noch lange Zeit Probleme haben wird, eine gemeinsame Sprache nicht nur mit der NATO, sondern auch mit der EU zu finden. Schon im November 1994 und erneut im Oktober 1995 sprach die EU eine Warnung an die slowakische Regierung aus wegen einer drohenden Machtkonzentration in den Händen einer Person, der Nichteinhaltung des Machtgleichgewichtes und des sich verschärfenden Konflikts zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten. Die Reaktion slowakischer Regierungskreise auf diese ernste Warnung machte deutlich, daß man den Sinn dieser Demarchen nicht verstanden hatte. Selbst Ministerpräsident Mečiar, der starke Mann der Slowakei, bezeichnete sie als höfliche Anfragen seitens der EU, bzw. "Aides memoires". Des weiteren äußerte er sich in dem Sinne, daß nicht die Slowakei die EU, sondern umgekehrt die EU die Slowakei brauche, "weil wir geopolitisch ein außerordentlich gut situiertes Land sind".<sup>25</sup> Damit bewies er erneut, daß man verschiedene Sprachen spricht. Aus seinen Äußerungen sprachen die traditionelle

---

<sup>23</sup> Die Dynamik bezieht sich auf die anfängliche Euphorie bei der Staatsgründung 1993 und die oft unkritische Einstellung zu eigenen wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten.

<sup>24</sup> Siehe in: *Národná obroda*, 10.10.1996.

<sup>25</sup> Siehe in: *Trend. Prehľad udalostí 1995*. (Trend. Übersicht der Ereignisse 1995).

Überzeugung, daß die Slowakei über eine exklusive geopolitische Lage verfüge, und die latente Drohung gegenüber dem Westen, daß die Slowakei sich auf die russische Seite schlagen kann. In diesem Sinne erfüllt sich der schon klassisch gewordene und häufig zitierte Ausspruch von Ministerpräsident Mečiar: "Wenn uns der Westen nicht haben will, dann gehen wir eben zum Osten."<sup>26</sup>

### **3. Die vermeintliche Attraktivität der geopolitischen Lage der Slowakei für Ost und West**

Die Tschechoslowakei war 1918 als eine geopolitische Formation *par excellence* entstanden, und die Trennung der Föderation stellte beide Teile vor Probleme, die von Geopolitik bestimmt waren. Die Tschechische Republik erschien nach der Teilung geopolitisch gestärkt, während die Slowakei - bei kritischer Betrachtung - einige wichtige geopolitische Aktiva eingebüßt hatte:

1. Durch die Trennung der Föderation wurde der neue Staat nach Osten geschoben und verlor die gemeinsame Grenze mit der NATO (Deutschland);
2. die Anbindung an den Westen (seit 1995 an die EU) blieb beschränkt auf eine kurze Grenze mit Österreich (115 Km);
3. langfristig kann die Slowakei mit den anderen Visegrad-Ländern wirtschaftlich nicht Schritt halten. Vor allem der wichtigste Geschäftspartner, die Tschechische Republik, hat sich zwischen 1993 und 1996 immer mehr von der Abhängigkeit vom slowakischen Absatzmarkt gelöst;
4. die Slowakei hat nach der Trennung von Tschechien ihre längste Grenze (631 km) mit Ungarn, einem Land also, zu dem wegen der Unfähigkeit, mit der eigenen ungarischen Minderheit Frieden zu schließen, ein gespanntes Verhältnis besteht, was als destabilisierendes Element in Ostmitteleuropa gelten kann;
5. die Grenze zur GUS (Ukraine - 96 km) wird im Falle eines kleinen Staates, der chronische innenpolitische Defizite aufweist, von den integrierten europäischen Ländern eher als Risikofaktor denn als Vorteil gewertet.

Slowakische publizistische und wissenschaftliche Kreise versuchten gleich nach 1990, die geopolitische Bedeutung der Tschechoslowakei auf die Slowakei zu übertragen. Nach 1993 begab sich auch die slowakische Diplomatie auf diesen Weg in der Annahme, daß die Slowakei sich jetzt in der geopolitischen Schlüsselposition befinde, die man der Tschechoslowakei in den 30er Jahren zugeschrieben hatte. Intellektuell attraktive, aber völlig untaugliche Modelle der geopolitischen Gestaltung der Region gingen von der Slowakei als angeblicher "Mitte" Ostmitteleuropas aus. Die zuweilen mit Elan vorgetragenen slowakischen Initiativen scheinen die Tatsache zu übersehen, daß zur Zeit der Entstehung der

---

<sup>26</sup> Siehe Pavel Matejovič, *Ak neuspejeme na Západe* (Wenn uns der Westen nicht haben will), in: *Sme*, 12.5. 1995.

Tschechoslowakei die geopolitische Lage von ungleich größerer Bedeutung war als zur Zeit der Entstehung der Slowakischen Republik 1993. Der beste Schutz des eigenen Territoriums liegt heute nicht mehr in der geographischen Lage, sondern in modernen und effektiven Verteidigungsmöglichkeiten.<sup>27</sup> Infolge der machtpolitischen Dreiteilung Europas in den dreißiger Jahren (Westen-Deutschland-Rußland) existierte Ostmitteleuropa als eine nicht exakt definierte, aber politisch funktionierende Region mit der Tschechoslowakei als einer subregionalen Macht. Im übrigen gelang es damals der Tschechoslowakei nicht, durch geopolitisches Lavieren ihre Selbständigkeit zu bewahren. Während das Phänomen Ostmitteleuropa Mitte der neunziger Jahre in Tschechien überwiegend Forschungsgegenstand von Historikern ist, läuft die Slowakei durch die Betonung ihrer Zentrallage und durch politische Verabsolutisierung des Präfixes "geo" dieselbe Gefahr wie die Tschechoslowakei der Vorkriegszeit.

Unter den geopolitischen Modellen, mit denen die slowakische Außenpolitik operieren konnte, sind insbesondere diejenigen hervorzuheben, die eine direkte Beziehung zu den slowakisch-russischen Beziehungen haben.

*1. Modell einer Brücke zwischen Ost und West:* Im Hinblick auf die geplante Integration in die NATO sind Versuche, diese Zwischenkriegskonzeption in die Gegenwart zu übertragen, untauglich. Betrachtet man die Lage der Tschechoslowakei nach 1990 und der Slowakei nach 1993 unter dem geopolitischen Aspekt, dann war gerade diese Betrachtungsweise für den Mißerfolg der tschechoslowakischen Friedensinitiativen im Rahmen der KSZE und den schlechten Ruf der Slowakei in Brüssel verantwortlich. Die Argumente für dieses Modell sind jedenfalls durchweg historisierend: a) die Identifikation der Slowakei ist nicht westeuropäisch, sondern mitteleuropäisch; b) die Slowakei erfüllte in der Geschichte häufig die Rolle einer mitteleuropäischen Brücke; c) zur Zeit der türkischen Expansion war die Slowakei so etwas wie eine "Redoute Europas" und verband die tschechischen und österreichischen Länder der Habsburgermonarchie mit Polen, Siebenbürgen und Rußland; d) an den Festungen der Südslowakei wurde der türkische Vormarsch in Europa gestoppt; e) diese Funktion spielte eine große Rolle in Hitlers Kalkulationen mit der Slowakei in den Jahren 1939-1945.<sup>28</sup>

*2. Modell der Pufferzone:* Dieses Modell (eine Form von "cordon sanitaire") ist gerade in einer Zone, in der es in der Zukunft zu einem ständigen Interessenkonflikt zwischen den zwei einflußreichsten geopolitischen Gruppierungen kommen könnte, gut vorstellbar. So eine Pufferzone würde für ein stabiles Sicherheitssystem in Europa angebracht sein. Die Notwendigkeit eines solchen Systems wird dadurch begründet, daß sich die Slowakei geographisch zwischen der NATO auf der einen und der GUS auf der anderen Seite befindet. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der unabhängigen Partner, die ein Gegengewicht zur westlichen Allianz bilden könnten, nach dem Zerfall der UdSSR größer geworden ist, erhöht

---

<sup>27</sup> Siehe in: Michel Tatu: *Paríž a spomienky* (Paris und Erinnerungen), in: *Mosty*, Nr. 36, 1996.

<sup>28</sup> Es handelt sich um eine Zusammenfassung der Ansichten, die in der ersten Hälfte der neunziger Jahre von Juraj Fabian (Akademie der Wissenschaften), Pavol Zatlakaj (Außenministerium) und Anton Hrnko (Parlament) vertreten wurden.

sich auch die Möglichkeit einer Destabilisierung des gesamten europäischen Sicherheitssystems. Im Falle eines möglichen Konflikts zwischen der NATO und der GUS (gemeint ist praktisch die Russische Föderation) wird die Slowakei gemeinsam mit Tschechien, Polen und Ungarn das Vorfeld der Verteidigung bilden. Dieses Modell bedeutet zwar in der Theorie keine Annäherung an die NATO (geschweige denn Vollmitgliedschaft), geht jedoch davon aus, daß das slowakische Territorium den Verteidigungsinteressen der NATO dienen würde. Insofern ist dieses Modell für Rußland und für die prorussischen Kräfte in der Slowakei lediglich weniger unannehmbar als die volle Mitgliedschaft der Slowakei in der NATO.

*3. Modell des machtpolitischen Zentrums:* Dieses Modell geht davon aus, daß eine mögliche Lösung der ostmitteleuropäischen geopolitischen Probleme in Form einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Integration im Rahmen der Region gefunden werden könnte. Diese Variante gewann im Zusammenhang mit der Integration Österreichs in die EU 1995 vorübergehende theoretische Priorität. Im Zentrum Europas war damit eine Staatengruppierung mit rund 85 Millionen deutschsprachigen Angehörigen entstanden, die über absolute wirtschaftliche Überlegenheit in der Region verfügt. Das Modell geht davon aus, daß der deutsche Block in Zentraleuropa eine derartige Überlegenheit gewinnt, daß das machtpolitische Gleichgewicht gestört wird. Das Resultat wäre eine Unterordnung der mitteleuropäischen Staaten unter die deutsche Übermacht. Es gibt Vorstellungen, das regionale Gleichgewicht durch Wiederbelebung der Donauföderation zu sichern, die aus den ehemaligen Staaten Österreich-Ungarns bestehen könnte. Dieses informelle Gebilde würde natürlich auch Österreich einbeziehen, das dadurch die Chance gewinnen würde, außerhalb der deutschen Einflußsphäre zu bleiben und seine ehemalige Rolle in Mitteleuropa wiederzubeleben. Staatsrechtlich würde diese Konfiguration mitteleuropäischer Staaten auf dem Prinzip der Konföderation beruhen. Diese Ideen sind kamen Anfang der neunziger Jahre auf und wurden danach von den direkten Integrationsabsichten der Ostmitteleuropäer in den Hintergrund gedrängt, sie existieren jedoch bis heute als eine Alternative für den Fall, daß Westeuropa die Integration ablehnt. Mit der Integration Österreichs wurden diese Vorstellungen als Theorie wieder aktuell.

*4. Modell der neutralen Zone:* Dieses Modell, das seine Wurzel in den zwanziger und 30er Jahren hat und die Neutralisierung Mitteleuropas als atomwaffenfreie Zone vorschlägt, fand einen starken Befürworter im ersten postkommunistischen tschechoslowakischen Außenminister Jiří Dienstbier (1990-1992).<sup>29</sup> In der Slowakei wurde dieses Modell Mitte der neunziger Jahre zur Idee der "Neutralität für die Slowakei" weiterentwickelt und wurde besonders 1995/96 zum Streitpunkt zwischen der rechtsgerichteten Opposition und der Regierung, die diese - von der russischen Diplomatie positiv bewertete - Option nicht grundsätzlich ablehnt.<sup>30</sup> Bis 1996 ist aus der Idee der Neutralität zwar noch keine Konzeption geworden, sie erscheint jedoch immer wieder in Gestalt einer gekränkten Reaktion auf die geringe

---

<sup>29</sup> Siehe in: Jiří Dienstbier: *Snívanie o Európe*. Praha 1990.

<sup>30</sup> Siehe zu diesem Thema z.B.: Peter Zajac in: *Sme v Strednej Európe*, Nr. 3, 1995; Sona Szomolányi, in: *Sme*, 27.3.1995; František Šebej in: *Domino efekt*, Nr. 11, 1995; Milan Žitný in: *Domino efekt*, Nr. 4, 1996.

Bereitschaft des Westens, die Slowakei schon in der ersten Erweiterungswelle zu integrieren. Bislang wird diese Idee offen nur von marginalen Gruppierungen wie der *Assoziation der Anhänger der Neutralität*<sup>31</sup> propagiert, man kann sie aber auch leicht in manchen Erklärungen von Repräsentanten aller drei regierenden Koalitionsparteien entdecken. Angesichts der noch ungestalteten politischen Kultur in der Slowakei besteht die reale Gefahr, daß, falls sich die HZDS für die Neutralität ausspricht, die Wähler in einer eventuellen Volksabstimmung diese Option bevorzugen werden. Die Idee der Neutralität war in der Slowakei schon vor der endgültigen Trennung der Föderation (nach den Parlamentswahlen im Juni 1992) als theoretische Überlegung der neuen regierenden Eliten aufgekommen, wurde aber 1993 zunächst beiseite gedrängt. Erst 1995 und besonders 1996 tauchte sie erneut auf. Seit 1992-93 können wir verschiedene Etappen der Integrationsaussichten der Slowakei beobachten. Jede Minderung dieser Chancen diente als Anlaß zur Belebung der Idee der Neutralität und zur Manifestation einer prorussischen Einstellung im Namen der "slawischen Gemeinsamkeit":

1. Die Entwicklung nach den Parlamentswahlen im Juni 1992 bedeutete zunächst nur, daß die Slowakei den sicheren Sicherheitsrahmen des gemeinsamen Staates verließ.
2. Die Slowakei hat sich (nach anfänglichem Zögern in den ersten Monaten der Selbständigkeit) erklärtermaßen für die Orientierung auf die westlichen Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen entschieden.
3. Die Voraussetzungen für eine positive Aufnahme der slowakischen Bemühungen in dieser Richtung waren durch die Besetzung des Außenministerpostens 1993/94 gegeben (in den Personen von Milan Kňažko und Jozef Moravčík).
4. Parallel dazu intensivierten sich die politischen und wirtschaftlichen slowakisch-russischen Beziehungen, die nach Meinung ausländischer Beobachter den Rahmen der wirtschaftlichen Notwendigkeit überschritten haben.
5. Die Unterbreitung des Gesuchs um Aufnahme in die NATO durch Präsident Michal Kováč in Brüssel erfolgte schon im Zeichen des sich abzeichnenden Konflikts zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten sowie dem prowestlichen und dem prorussischen Flügel der slowakischen Politik. Zu dieser Zeit war die Slowakei schon in mehrfacher Hinsicht vertraglich an Rußland gebunden. Nach dem Regierungswechsel im März 1994 nahm unter dem neuen Außenminister Eduard Kukan die Glaubwürdigkeit der slowakischen Integrationsbemühungen wieder zu, obwohl alle Anzeichen dafür sprachen, daß die prowestliche Regierung nicht von langer Dauer sein würde und die vorzeitigen Wahlen verlieren würde.
6. Die Ursachen für das Scheitern der Integrationschancen der Slowakei sahen außenstehende Beobachter nicht unmittelbar in den Parlamentswahlen vom Oktober/November 1994, sondern in der darauffolgenden innenpolitischen Entwicklung Ende 1994 und 1995, als es zu einer ungewöhnlichen Belebung der slowakisch-russischen Beziehungen kam.

---

<sup>31</sup> Asociácia stúpencov neutrality. Siehe den Artikel Neutralita nie je riešením (die Neutralität ist keine Lösung), in: Sme, 25.1.1996.

7. Das Ansehen der Slowakei als möglicher Kandidat für Westintegration erreichte einen vorläufigen Tiefpunkt, und 1996 hat sich trotz des im August erfolgten Wechsels an der Spitze des Außenministeriums kaum etwas an der negativen westlichen Beurteilung der slowakischen Außenpolitik geändert. Die grundsätzliche Erklärung des neuen slowakischen Außenministers Pavol Hamík vor der OSZE in Wien am 10. Oktober 1996 über die slowakische Integrationsbereitschaft wurde im Namen der EU von der irischen Delegation (die zu dieser Zeit Vorsitz in der EU hielt) sehr reserviert aufgenommen.<sup>32</sup> Das wiederum ist Wasser auf die Mühlen der Neutralitätsanhänger in der Slowakei.

Die Prinzipien der Neutralität gehen in der Slowakei auf verschiedene Quellen zurück:

- a) Innenpolitische Machtkalkulationen: Eine feste außenpolitische Bindung an die Gruppe der ehemaligen kommunistischen Staaten, die man als einen besonderen Typ von karpatischen bzw. balkanischen Demokratien bezeichnen kann, bzw. an die Russische Föderation ist nicht mit der Gefahr verbunden, daß diese Länder Bedenken über den Stand der Demokratie in der Slowakei zum Ausdruck bringen werden.<sup>33</sup> Dagegen bedeutet die Zugehörigkeit zu westlichen Integrationsstrukturen für die etablierten wirtschaftlich-politischen Kreise ein permanentes Risiko, daß die europäischen, bzw. euroatlantischen Institutionen die "spezifischen Züge" der slowakischen Entwicklung mißachten und sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten der Slowakei "einmischen" werden.
- b) Eine massenhaft verbreitete Furcht vor negativen gesellschaftlichen Erscheinungen (organisiertes Verbrechen, Drogen), die allgemein dem Einfluß der westlichen Zivilisation zugeschrieben werden und die man während der kommunistischen Ära nicht antraf. Zwar existierten sie auch schon früher (wenn auch in geringerem Maße), wurden aber weitgehend totgeschwiegen.
- c) Die kulturelle Tradition eines bedeutenden Teils der slowakischen Mittelschicht (der Intelligenz) ist historisch von Russophilie und Antisemitismus geprägt. Damit verbunden ist die politische Tradition des autoritären Staates, die sich in der Kollaboration eines großen Teils der politischen Eliten mit dem Klerofaschismus (während des Krieges) und mit dem Kommunismus (nach dem Krieg) widerspiegelte.

Anfang der neunziger Jahre kam es in der Slowakei zu einer natürlichen Allianz der nationalistischen und altkommunistischen Strömungen, die in der Neutralität (d.h. in einer antiwestlichen Einstellung) eine Möglichkeit zur Revanche für die Niederlagen von 1944/45 und 1989/90 sehen. Beide Lager sehen sich geopolitisch von allen Seiten bedroht: vom Süden durch die ehemalige Vormacht Ungarn, vom Westen durch die nachfolgende Vormacht Tschechien, vom Norden durch ein ausgeprägt prowestliches Land, das in der slowakischen Geschichte als notorischer Verbündeter Ungarns bekannt ist - Polen -, und sogar von innen her durch die in der Slowakei kaum mehr lebenden Juden - ungefähr 3.000 - und die in akade-

---

<sup>32</sup> Siehe in: Sme, 11.10.1996.

<sup>33</sup> Siehe Ivo Samson, Deklamatívnyost, deklaratívnyost a reálnopolitická rovina v súčasnej slovenskej integračnej politike (Deklamative, deklarative und realpolitische Ebenen in der gegenwärtigen slowakischen Integrationspolitik), in: Mezinárodní vztahy (Internationale Beziehungen), Nr. 3, 1986, S. 30-39.

mischen Kreisen vermuteten Freimaurer. Diese Befürchtungen werden ganz offen von der mitregierenden Koalitionspartei SNS und selbst von einigen Spitzenfunktionären der HZDS ausgesprochen. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, daß allein von Osten her keine Gefahr für das Land droht.<sup>34</sup>

Neutralität steht natürlich in krassem Widerspruch zur Mitgliedschaft in westlichen Verteidigungsstrukturen, und unter den Bedingungen der Schaffung eines Systems der kollektiven europäischen Sicherheit ist sie auch mit einer EU-Mitgliedschaft unvereinbar. Das System der kollektiven Sicherheit wird durch Neutralitätstendenzen blockiert, weil die Neutralität "an sich" ein Mißtrauen gegen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU verrät letztlich in die freiwillige Isolation führt.

#### **4. Die bilateralen slowakisch-russischen Beziehungen**

##### ***4.1 Die Kontinuität der slowakisch-russischen Beziehungen***

Die Beziehungen der Slowakei zu Rußland waren auch zu den Zeiten relativ freundlich gewesen, als nach 1989 Reibungen zwischen der sowjetischen und der tschechoslowakischen Außenpolitik bestanden. In Tschechien wurden nach 1989 sowohl von der politischen Führung als auch von der Bevölkerung andere als rein wirtschaftliche Beziehungen zur UdSSR abgelehnt. Rußland (die UdSSR) galt im tschechischen Teil der Föderation vor allem als Importeur des Kommunismus von 1948 und als die Invasionsmacht von 1968. In der Slowakei empfand man es etwas anders: Für den Import des Kommunismus 1948 wurden die Tschechen verantwortlich gemacht<sup>35</sup> und die Invasion von 1968 richtete sich letzten Endes nicht gegen die Slowakei, sondern gegen die Tschechoslowakei, mit der sich die Slowaken viel weniger identifizierten als der tschechische Teil des gemeinsamen Staates. Die anschließende sowjetische Revanche richtete sich in erster Linie gegen den Hegemonen des Staates, also gegen den tschechischen Teil, wo es noch ein Jahr nach der Invasion in mehreren Städten zu blutigen Zusammenstößen der Bevölkerung mit den Ordnungskräften kam, die sogar einige Menschenleben forderten. In der Slowakei blieben derartige Proteste aus und die anschließende Normalisierung, also die umfassenden Säuberungen in den Reihen der Intelligenz, betrafen vorwiegend wieder die Tschechen. In der an die damalige Ukrainische Sowjetrepublik grenzenden Slowakei wurde die UdSSR auch nicht in dem Maße mit Rußland identifiziert, wie es in Tschechien der Fall war, und antirussische Gefühle wurden in den nächsten zwanzig Jahren vor allem in Tschechien gepflegt. Diese Tatsachen boten nach 1989, als die slowakische Politik schon weitgehend unabhängig von der föderalen funktionierte, eine gute Voraussetzung für die Kontinuität guter Beziehungen zu Rußland.

---

<sup>34</sup> Siehe weitere derartige Überlegungen (1995 und 1996) in der Regierungszeitung Slovenská republika und in der von der Regierung mit einem speziellen Preis ausgezeichneten antisemitischen Zeitschrift Zmena.

<sup>35</sup> Allein aufgrund der Tatsache, daß bei den letzten freien Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei im Mai 1946 die Kommunistische Partei in Tschechien rund 40% der Stimmen gewann (in der Slowakei waren es immerhin 30%).

Die Beziehungen der Slowakei zu Rußland entwickelten sich auf drei Ebenen: der wirtschaftlichen, der kulturellen und der politischen. Auf der sicherheitspolitischen Ebene beschränkte sich die Zusammenarbeit zunächst auf hypothetisch formulierte Überlegungen der regierenden Elite, bei einigen einflußreichen Gruppen wurde jedoch die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet weniger hypothetisch artikuliert. Jedenfalls gab es hierzu eine Menge Spekulationen und auch eine Menge widersprüchlicher Erklärungen von höchsten Stellen.

Die Auslandsreisen führender slowakischer Politiker in die damalige Sowjetunion begannen kurz nach der Wende 1989. Da die politische Führung damals zum großen Teil noch aus eindeutig prowestlichen Persönlichkeiten bestand, wurden die unkontrollierten Kontakte zur UdSSR kritisiert, was schließlich zum ersten Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Mečiar im Parlament führte.<sup>36</sup> Kurz zuvor hatte Mečiar Rußland besucht, was vom Parlament nicht gebilligt worden war und ihm anschließend viel Kritik eintrug. Nach offiziellen Angaben betrafen die Verhandlungen "die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Slowakischen Republik und der Russischen Föderation, sowie Probleme im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Handelsaustausch."<sup>37</sup> Anschließend gab der Ministerpräsident jedoch zu, daß er auch Geheimgespräche mit sowjetischen Generälen geführt habe, um von ihnen die Zustimmung zu erhalten, die in der Zentralslowakei hergestellten sowjetisch lizenzierten Waffen weiter zu produzieren.<sup>38</sup> Später bestritt er allerdings, Gespräche mit russischen Generälen geführt zu haben.<sup>39</sup>

Verärgerung über diese halboffiziell gepflegten Beziehungen zu Rußland und die Ungewißheit des slowakischen Parlaments über die Schritte des Regierungschefs, der das Parlament anschließend auch noch widersprüchlich informierte, führte im April 1991 zu dem im tschechoslowakischen Außenministerium mit offensichtlicher Erleichterung aufgenommenen parlamentarischen Sturz der Regierung Mečiar.

In dieser ersten und für die weitere Entwicklung ausschlaggebenden Phase der slowakisch-russischen Beziehungen ging es angeblich um rein wirtschaftliche Beziehungen beider Länder, und für die Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten vor dem Parlament war es bezeichnend, daß man politische Kontakte zu russischen Politikern und Militärs bestritt und über die Resultate der Wirtschaftsverhandlungen nur nebelige Äußerungen abgab.<sup>40</sup> Obwohl das damals in seiner Mehrheit proföderalistische slowakische Parlament etwas mehr über die russischen Absichten in Ostmitteleuropa wissen wollte, erhielt es keine Auskunft. Die Einzelheiten wurden erst zwei bis drei Jahre später beim Abschluß von zwei wichtigen slowakisch-sowjetischen Verträgen offenbar.

---

<sup>36</sup> Mißtrauensantrag vom 24.3.1991.

<sup>37</sup> Siehe: *Národná obroda*, 15.3.1991.

<sup>38</sup> Rede des Ministerpräsidenten Mečiar auf dem Meeting in Martin am 24. 3. 1991. Siehe in: Miloš Žiak, *Slovensko od Komunizmu kam? (Die Slowakei vom Kommunismus wohin?)*. Bratislava 1996, S. 154.

<sup>39</sup> Siehe die Erklärung von V. Mečiar in: *Národná obroda*, 19.4.1991.

<sup>40</sup> Siehe in: *Stenografická správa o 12. schodzi SNR (stenographische Notiz über die 12. Sitzung der SNR)*, S. 144, zitiert nach: *Forum*, 7.4.1995.



#### **4.2 Grundzüge der bilateralen slowakisch-russischen Beziehungen**

Aus der erklärten Orientierung der slowakischen Außenpolitik nicht nur auf wirtschaftliche und politische, sondern explizit auch sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten ergibt sich automatisch die Schlußfolgerung, daß die Zusammenarbeit der Slowakei mit Rußland sich auf die notwendige - und für die Slowakei lebenswichtige - Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft beschränkt. Die slowakische Außenpolitik nach dem Antritt der dritten Regierung Mečiar festigte jedoch auch die politischen und sicherheitspolitischen Bindungen an Rußland, die die zwei vorausgegangenen Regierungen Mečiar in die Wege geleitet hatten. Die Beziehungen zu Rußland scheinen für einen Teil der slowakischen politischen Elite eine immense Bedeutung zu haben, und Rußland dient ihnen als permanente Garantie gegen eine potentiell abweisende Haltung des Westens gegenüber der Slowakei. In einer ähnlichen Situation befinden sich zwar auch alle anderen ostmitteleuropäischen Staaten, aber deren Beziehungen zu Rußland sind grundsätzlich anders gestaltet. Trotz der für sie wichtigen wirtschaftlichen Bedeutung Rußlands ließ sich ihre Diplomatie nicht zu politischen oder sogar sicherheitspolitischen Zugeständnissen zwingen. Nicht nur die tschechische Außenpolitik, die von einer rechtsgerichteten Regierung geleitet wird, sondern auch die postkommunistischen sozialistischen Regierungen in Ungarn und Polen haben sich äußerst vorsichtig in ihren Beziehungen zu Rußland gezeigt. Die Außenpolitik der Regierung Horn hat sich sogar als noch mehr "antirussisch" profiliert als die Außenpolitik der Regierung Pawlak. Schon bei seinem Warschau-Besuch Ende 1994 schlug Horn der polnischen Seite ein gemeinsames Vorgehen vor, um den russischen Widerstand gegen die NATO-Erweiterung zu schwächen. Das wurde zwar von Pawlak abgelehnt, aber er verpflichtete sich, die prowestliche Linie zu stärken.<sup>41</sup> Dieselbe Abweichung von der prowestlichen Politik der anderen Visegrad-Partner zeigte die Regierung Mečiar am Vorabend der Bekanntmachung des PfP-Programms. Die Slowakei nahm den Aufschub der sicherheitspolitischen Osterweiterung ohne Einwände hin, während Polen und Tschechien nach dem Beschluß des PfP-Programms durch die NATO-Außenminister eine gemeinsame Erklärung herausgaben, in der sie den Beschluß kritisierten.<sup>42</sup> Im Vergleich zu den anderen Visegrad-Ländern unterscheidet sich die slowakische Rußland-Politik durch folgende Merkmale:

1. Die Beziehungen zwischen Rußland und der Slowakei sind bilaterale Beziehungen zwischen zwei Ländern von nicht vergleichbarer internationaler Bedeutung. Hinsichtlich einer politischen Annäherung handelt es sich um ein asymmetrisches Verhältnis. Wirtschaftlich ist die Bedeutung der Slowakei für Rußland absolut belanglos. In der russischen Wirtschaft spielt der slowakische Markt keine Rolle und Rußland ist auf die Aufrechterhaltung des Handelsaustausches mit der Slowakei in keiner Weise angewiesen. An der anderen Seite sind jedoch für die Slowakei wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland lebenswichtig, denn das Land ist vollkommen von russischen Rohstofflieferungen

---

<sup>41</sup> Siehe Wolfgang Zellner/Pál Dunay, Außenpolitik der Regierung Horn, in: Südosteuropa, Nr. 11-12, 1996, S. 654-655.

<sup>42</sup> Siehe: ČTK (Tschechische Presseagentur), 9.12.1993.

(insbesondere Erdöl und Gas) abhängig. Die Slowakei kann für Rußland als strategisch wichtiges Transitland für die Lieferungen von Gas und Erdöl nach Westeuropa von Bedeutung sein, aber Rußland ist nicht ausschließlich auf den Transit durch die Slowakei angewiesen. Für die slowakischen Wirtschaftslobbies, die in der Regierung Mečiar ein gewichtiges Wort haben, bietet Rußland unbegrenzte Möglichkeiten für wirtschaftliche Selbstverwirklichung. Diese Asymmetrie im wirtschaftlichen Bereich gilt ebenso beim Vergleich der sicherheitspolitischen Bedeutung, die die bilateralen Beziehungen für beide Länder haben: Die Slowakei kann für Rußland in keiner Weise eine militärische Bedrohung darstellen. Umgekehrt ist es ganz anders - die Russen haben ein gewaltiges militärisches Potential und eine bekannte imperialistische, expansionistische Tradition, der übrigens die Slowakei (im Rahmen der Tschechoslowakei) schon zum Opfer gefallen ist. Es ist also offensichtlich, daß die Slowakei sich von Rußland militärisch bedroht fühlen kann.

2. Somit besteht zwischen der Slowakei und Rußland eine eindeutige Disproportionalität der Ausgangspositionen. Während die wirtschaftlichen Beziehungen der Slowakei zu Rußland zugegebenmaßen notwendig sind, gilt diese Notwendigkeit kaum für den sicherheitspolitischen Bereich. Das russische Interesse an der Slowakei kann also nur durch das Prisma der politischen Bedeutung dieses kleinen Landes gesehen werden. Zieht man die Tatsache in Betracht, daß die Einstellung aller anderen postkommunistischen Länder Ostmitteleuropas zur russischen Außen- und Sicherheitspolitik ablehnend ist, dann bietet das entgegenkommende Verhalten Bratislavas Moskau eine Möglichkeit, die Slowakei als "Trojanisches Pferd" in Ostmitteleuropa zu benutzen. Die russische Seite macht gar kein Hehl daraus, daß sie bereit ist, die slowakische Karte zu spielen: "Sie haben Ihre Interessen in Rußland und wir wiederum in Ostmitteleuropa."<sup>43</sup>
3. Die Slowakei kann nicht nur dank der prorussischen Tradition des historischen Denkens und einer Ähnlichkeit der halbautoritären innenpolitischen Entwicklung, sondern auch aufgrund anderer Faktoren als Vermittler russischer Interessen in Ostmitteleuropa dienen: a) als das kleinste Land der Visegrad-Gruppe kann sie die bilateralen Kontakte zu Rußland international weniger auffällig gestalten und b) in der Visegrad-Gruppe nimmt sie eine exklusive geopolitische Position ein: als einziges Mitglied grenzt sie an alle anderen Visegrad-Staaten und trennt geographisch Polen und Ungarn. In diesem Sinne betrifft der Charakter der russisch-slowakischen Beziehungen alle anderen ostmitteleuropäischen Länder und darüber hinaus auch die Ukraine, die sich durch enge sicherheitspolitische russisch-slowakische Beziehungen eingekreist fühlen kann. Der ukrainische Faktor ist in der russischen Slowakei-Politik fraglos einkalkuliert.
4. Im Unterschied zu den anderen Visegrad-Staaten werden die Beziehungen zu Rußland in der Slowakei offen als Alternative zur Integration in EU und NATO genannt, wie sich aus den angeführten Äußerungen einiger Regierungspolitiker (einschließlich des Ministerprä-

---

<sup>43</sup> Der Vizevorsitzende des russischen parlamentarischen Ausschusses für Außenpolitik Oleg Bogomolov in einem Interview für die slowakische Zeitung Pravda in: Pravda, 13.1.1995.

sidenten Mečiar) schließen läßt. Seit zwei Jahren läuft in der Slowakei eine breitangelegte Kampagne für "slawische Gemeinsamkeit", die in anderen slawischen Visegrad-Staaten ohne Parallele ist. Diese Kampagne ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern wird direkt von der regierungsnahen Presse unterstützt. Es wird sogar von einer Konföderation der slawischen Staaten gesprochen, und als Vorzüge einer solchen Formation werden angegeben: a) sprachliche Nähe (Verständigung vom Atlantik bis zum Pazifik); b) der nicht gesättigte russische Markt im Gegensatz zum übersättigten westlichen Markt; c) große Vorräte an Rohstoffen im Osten; d) eine Bevölkerungszahl, die ausreicht, um wirtschaftliche Expansion zu realisieren; e) gewaltige Möglichkeiten der "slawischen", insbesondere der russischen Wissenschaft, die angeblich hinter vielen Erfolgen der westlichen Wissenschaft steht, und f) die Tatsache, daß sich alle slawischen Länder auf ungefähr dem gleichen wirtschaftlichen Entwicklungsstand befinden.<sup>44</sup> Gerade die zivilisatorische Seite der slowakisch-russischen Beziehungen verleiht dem Verhältnis zwischen beiden Staaten einen komplexen Charakter im Hinblick darauf, daß die slowakische Gesellschaft auch heute noch eine vorwiegend ländliche ist, d.h. es besteht eine tiefe Wertekluft zwischen den größeren Städten und dem Rest des Landes. Manche Denker (vor allem ein Teil der Schriftsteller), die die öffentliche Meinung maßgeblich beeinflussen, sehen die Integration der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts als Fortsetzung der im 9. Jahrhundert unterbrochenen slawischen Integration. "Die heutigen Integrationsinitiativen tragen grundsätzlich denselben Charakter wie die des 9. Jahrhunderts. Wenn wir in der Integration aktiv mitmachen wollen und nicht zum Gegenstand der Interessen anderer werden wollen, dann müssen wir an das Politikum und das geistige Phänomen anknüpfen, das wir seit jeher als Slawentum bezeichnen."<sup>45</sup> Diese Ideen wären von nur geringer Bedeutung, würden sie sich nicht in politischen Entscheidungen verwirklichen und wären sie zugleich nicht auch eine ideologische Plattform führender Regierungspolitiker und sogar der Vorsitzenden der Regierungsparteien. Diese Ideen sind weitgehend mit wichtigen Strömungen der gegenwärtigen Denkens identisch, die offen aus dem Arsenal des Panlawismus des 19. Jahrhunderts ("slawische Gemeinsamkeit", "slawische Brüderlichkeit") schöpfen.<sup>46</sup>

#### *4.2.1 Die Beziehungen zur Ukraine als zeitweilige Alternative zur Priorität der slowakisch-russischen Beziehungen.*

Als außenpolitische Alternative, die sich ebenfalls nach Osten orientiert, werden die Beziehungen zur Ukraine gesehen. Die Ukraine ist in den sicherheitspolitischen Kalkulationen

---

<sup>44</sup> Siehe V. Štollmann, *Slovania, nastáva doba vznešených činov* (Slawen, die Zeit der großen Taten steht bevor), in: *Zmena*, Nr. 2, 1995.

<sup>45</sup> Siehe Pavol Sika, *Fenómén Slovanstva a náš vstup do Európy* (Das Phänomen des Slawentums und unser Europa-Beitritt), in: *Literárny týždenník* (Literarisches Wochenblatt), Nr. 25, 1995, S. 14. (*Literárny týždenník* ist die einflußreichste literarisch-politische Zeitschrift, die die Kulturpolitik der Regierung verteidigt).

<sup>46</sup> Alexander Duleba, *Slepý pragmatizmus slovenskej zahraničnej politiky* (Der blinde Pragmatismus der slowakischen Außenpolitik). Bratislava 1996, S. 52.

Bratislavas stets als pragmatischer Faktor gesehen worden. In der Slowakei lebt eine ukrainisch-ruthenische Minderheit<sup>47</sup>, für die mit Hilfe des slowakischen Kulturministeriums 1995 sogar eine ruthenische Schriftsprache kodifiziert worden ist. Die Frage dieser relativ kleinen Minderheit würde keine Rolle spielen, wenn eine fest definierte historische Grenze zwischen der Slowakei und der Ukraine existieren würde. Ukrainische nationalistische Bewegungen beanspruchen aber fast ein Drittel des slowakischen Territoriums, und diese Frage begann sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auch auf die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland auszuwirken. Im westlichen Teil der Ukraine war schon 1993 eine provisorische Regierung Rutheniens proklamiert worden, die ihren Hauptsitz in der Slowakei hat. Dem "Außenminister" der provisorischen Regierung zufolge genießt das Projekt einer selbständigen Ruthenischen Republik die volle Unterstützung des russischen Parlaments, zu dem die provisorische Regierung rege Kontakte unterhält.<sup>48</sup> Für das ethnische Ukrainertum, das ohnehin schon Probleme hat, sich im eigenen Land gegen das ethnische Russentum zu behaupten, bedeutet dies eine Schwächung seines Westflügels und erzeugt das Gefühl, die "ruthenische Karte" spiele auf lange Sicht eine strategische Rolle in den Plänen Rußlands. Es waren vor allem Präsident Kováč und später Ministerpräsident Moravčík, die sich im Unterschied zur zwischenzeitlich gestürzten Regierung Mečiar bemühten, dieses Mißverständnis mit der Ukraine auszuräumen. Das erste Signal kam von Präsident Kováč, der schon 1993 die Ukraine als "den größten, stärksten und zukunftsreichsten Partner" der Slowakei bezeichnete.<sup>49</sup>

Diese alternative Ostorientierung wurde schon unter dem Außenminister Jozef Moravčík eingeleitet, der deshalb in zunehmenden Konflikt mit Ministerpräsident Mečiar geriet. In der Regierungserklärung vom März 1994 - Moravčík hatte Mečiar als Regierungschef abgelöst - wird den Beziehungen zur Ukraine größere Bedeutung beigemessen als den Beziehungen zur Russischen Föderation. Die slowakische Politik versuchte 1994, offensichtlich um in Brüssel die verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, eine Lockerung der slowakisch-russischen Beziehungen zu erreichen und spielte zu diesem Zweck die ukrainische Karte. Diese Taktik ging jedoch nicht auf: Die Regierung Moravčík wurde Ende 1994 wieder abgewählt.

### ***4.3 Bilaterale slowakisch-russische Wirtschaftsbeziehungen***

Die noch im Rahmen der Tschechoslowakei durchgeführte Reform des Wirtschaftssystems, die mit dem Zusammenbruch des RGW-Marktes einherging, verlangte der slowakischen Wirtschaft enorme Opfer ab. Das Resultat der Reformen bestand zunächst in einem drastischen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, in zunehmender Arbeitslosigkeit und im Anstieg der Inflation. Durch den wirtschaftlichen Transformationsprozeß wurde die slowakische Wirtschaft mehr als die tschechische in Mitleidenschaft gezogen, da die

---

<sup>47</sup> Die Unterscheidung zwischen Ukrainern und Ruthenen ist eher religiös und historisch als ethnisch bedingt: Die orthodoxen Angehörigen dieser Minderheit bezeichnen sich als Ukrainer, die griechisch-katholischen als Ruthenen.

<sup>48</sup> Siehe Tajný sused Slovenska (Der heimliche Nachbar der Slowakei), in: Sme, 9.3.1995.

<sup>49</sup> Miloš Žiak, Slovensko: Od komunizmu kam?, a.a.O., S. 149.

Slowakei den Wandel von ungünstigeren Ausgangspositionen beginnen mußte. Innerhalb der Wirtschaftsstruktur des Landes überwogen klar die folgenden Industriezweige:

- Industrieproduktion von Halbfertigprodukten;
- Schwerindustrie, insbesondere Rüstungsindustrie;
- Förderung von Kohle niedriger Qualität.

Die Spaltung der Tschechoslowakei wirkte sich auch hier negativ aus, und schon 1993 sank der slowakische Export<sup>50</sup> um 5,4 Prozent, während der Import um 24,3 Prozent stieg. Diese Entwicklung zeigt, daß die Slowakei auf die Trennung nicht vorbereitet war und die zwei wichtigsten Industriebereiche (Produktion von Halbfertigprodukten und Schwerindustrie/Rüstungsindustrie) weitestgehend von den wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland abhängig waren.

Die eigenmächtigen wirtschaftlichen Initiativen der Slowakei auf dem russischen Markt sorgten schon zu Zeiten der Föderation für tschechisch-slowakische Differenzen, und die vermutete politische Dimension der slowakisch-russischen Kontakte bildete Ende 1992 für die tschechische Seite einen der wichtigsten Gründe für ihr Bestehen auf einer sofortigen Trennung. Zu aktiven Wirtschaftsontakten wurden alle slowakischen Regierungen vor allem durch die Waffenexportlobby gedrängt. Die slowakische Rüstungsindustrie gehörte (im Rahmen der Tschechoslowakei) zu den größten in der Welt, und noch 1988 nahm die Tschechoslowakei bei der Waffenproduktion den siebten Platz auf der Welt ein. In der Slowakei waren 60 Prozent der gesamten Waffenproduktion des Landes konzentriert. Was die Struktur der Produktion angeht, so erzeugte der tschechische Landesteil leichte Waffen und Munition, der slowakische hingegen schwere Waffen, insbesondere Panzer. 70 Prozent der Produktion waren für den Export bestimmt, davon gingen 50-60 Prozent in die UdSSR und die anderen Länder des Warschauer Pakts und 10 bis 20 Prozent in befreundete Entwicklungsländer (Indien, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Libyen, Irak). Die slowakische Rüstungsindustrie war also überwiegend vom sowjetischen bzw. russischen Markt abhängig. Anfang der neunziger Jahre war fast jeder zehnte Arbeitnehmer in der Slowakei direkt oder indirekt an der Rüstungsproduktion beteiligt.<sup>51</sup> Die Festigung der Zusammenarbeit zwischen Rußland und der Slowakei in der Rüstungsindustrie Mitte der neunziger Jahre gibt den bilateralen Beziehungen eine politische Dimension.<sup>52</sup>

Noch 1993 waren nach Angaben von Ministerpräsident Mečiar insgesamt 30-40 Prozent der slowakischen Wirtschaft auf die Märkte der ehemaligen UdSSR, d.h. praktisch Rußland, orientiert.<sup>53</sup> Die außerordentlich aktiven wirtschaftlichen Kontakte mit Rußland werden

---

<sup>50</sup> Nicht einbezogen ist hier der Export in die Tschechische Republik. Siehe in: Pavel Ondrčka, Die Slowakei, Gütersloh 1995, S. 106.

<sup>51</sup> Siehe Ladislav Ivánek, Economic Problems of the Conversion of the Arms Industry, in: Perspectives (Prag), Nr. 3, 1996.

<sup>52</sup> Siehe das Kapitel dieser Studie über die bilateralen politischen Beziehungen zwischen der Slowakei und Rußland.

<sup>53</sup> Siehe in: Národná obroda, 31.3.1993.

offiziell immer mit dem Hinweis auf drohende Arbeitslosigkeit und sinkende wirtschaftliche Prosperität verteidigt. Unter dem Aspekt der beabsichtigten Integration in die EU besteht auch hier wieder ein deutlicher Unterschied zu den anderen Visegrad-Staaten: Die Slowakei sieht in der Orientierung auf die russische Wirtschaft unverhüllt eine Alternative zur wirtschaftlichen Integration in die EU.

Zwischen dem (von allen postkommunistischen Staaten gepflegten) wirtschaftlichen Pragmatismus in den Beziehungen zu Rußland und dem Regierungspragmatismus, der die Risiken enger politischen Verpflichtungen beinhaltet, besteht ein natürlicher Unterschied, der im slowakische Interesse an russischen Rohstoffen begründet ist. Am Anfang der slowakischen staatlichen Selbständigkeit war die Abhängigkeit erdrückend: a) die Slowakei wurde von Rußland mit Kernbrennstoffen beliefert und war bei der Beseitigung atomarer Abfälle teilweise von Rußland abhängig; b) die Abhängigkeit vom russischen Erdöl ist überwältigend - dieser Rohstoff macht ungefähr 80 Prozent der slowakischen Ölimporte aus; c) die Abhängigkeit vom russischen Erdgas ist absolut - der Import kommt zu 100 Prozent aus Rußland.<sup>54</sup> Ihre politische Dimension erhält diese Abhängigkeit jedoch dadurch, daß sich die Slowakei (im Unterschied etwa zur Tschechischen Republik) in den folgenden drei Jahren nicht bemühte, diese Abhängigkeit zu verringern. Im Gegenteil, die wirtschaftlichen Bindungen an Rußland sind seit 1993 noch enger geworden, und die slowakische Regierung betrachtet dies sogar als einen positiven Faktor, um den sie die Nachbarn beneiden können. Sie strebte in den Beziehungen zu Rußland offen einen "besonderen Status" unter den Nachbarn an.<sup>55</sup> Die russische Seite lehnt die bis heute andauernden Bemühungen der slowakischen Seite um Sonderbeziehungen natürlich nicht ab, wengleich die Erwartungen, der russische Markt könnte die überschüssige slowakische industrielle Produktion aufnehmen, nicht sehr realistisch sind. Die russischen Firmen sind nach wie vor zum großen Teil zahlungsunfähig, die zahlungsfähigen Firmen wiederum sind nicht auf den Ankauf von Produkten niedriger Qualität angewiesen. Keine Regierung in Rußland kann heute dem Privatsektor die Richtung seiner Handelspolitik diktieren. Das seit 1993 gezeigte russische Entgegenkommen für die slowakischen wirtschaftlichen Bedürfnisse ist stark politisch motiviert.

Auf dem Gebiet der staatlich gelenkten Wirtschaftsbereiche hat die Slowakei die spezielle Zusammenarbeit mit der russischen Wirtschaft bislang in zwei Projekten verwirklicht: im sog. Surgut-Abkommen und im sog. Slovrusgaz-Projekt.

Das Surgut-Projekt<sup>56</sup>, an dem die Slowakei als einziges nicht aus der UdSSR hervorgegangenes Land als Beobachter mit der Perspektive der vollen Mitgliedschaft teilnimmt, ist eines der großen Projekte in den slowakisch-russischen Beziehungen, die die slowakische Wirtschaft durch vorteilhafte Kooperation mit Rußland am Leben halten sollen. Es handelt

---

<sup>54</sup> Siehe in: Pravda, 24.3.1993, S. 13.

<sup>55</sup> Siehe Y. Akino/A. Smith Albion, in: Russia - Ukraine - the Visegrad Four: The Kozyrev Doctrine in Action, Institute for East West Studies, Prag 1993, S. 11.

<sup>56</sup> Das Abkommen wurde von der slowakischen Seite im März 1993 in der ortsibirischen Stadt Surgutsk unterzeichnet. Siehe in: Pravda, 26.3.1993.

sich dabei um ein Abkommen zur Schaffung einer industriellen Unterorganisation der GUS, die sich auf die Förderung und Verarbeitung russischen Erdöls und Gases konzentriert. Zu den Teilnehmern an dem Projekt gehören alle ehemaligen Sowjetrepubliken. Die Philosophie liegt nach Angaben des ehemaligen russischen Botschafters in der Slowakei und - seit August 1996 - Pressesprechers von Präsident Jelzin, Sergej Jastrshembskij, im russischen Interesse an Investitionen in die Erdölindustrie und im Interesse der Abkommensteilnehmer, Garantien für Erdöllieferungen zu bekommen. Surgut soll eine Art OPEC Osteuropas werden.<sup>57</sup> Die slowakische Regierung erhoffte sich von der Unterschrift unter das Abkommen und der erwarteten baldigen Vollmitgliedschaft in dem Projekt zwei Vorteile, die die russische Seite auch versprach:

1. Kontinuierliche Lieferungen russischen Erdöls zu Preisen weit unter dem Weltmarktniveau. Verlässliche Angaben über die Preise, die die Slowakei für die russischen Rohstoffe zahlt, sind nicht zu erhalten, da diese Preise Vertragsgeheimnis sind. Man kann aber mit Hilfe von Analogien Vermutungen über die tatsächlichen Preise anstellen. Weißrußland und Kasachstan zahlen 50 Prozent der Weltmarktpreise. Bei einem jährlichen russischen Exportvolumen von rund 5 Mio. Tonnen Erdöl und 5,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas in dem Gesamtwert von 1 Mrd. US-\$ würde dies der Slowakei sicher große finanzielle Ersparungen bringen. Zwar ist die Slowakei bislang noch nicht Vollmitglied des Surgut-Abkommens, aber in der Erwartung der Vollmitgliedschaft hat sie inzwischen eine Reihe von bilateralen nichtwirtschaftlichen und für die russische Seite vorteilhaften Verträgen (sowohl auf Staats- als auch Ressortebene) geschlossen.
2. Verlängerung des Südzeigs eines gigantischen Pipelinesystems, das die russischen Polargebiete mit Europa verbinden soll, von Polen auf das Gebiet der Slowakei. Die Pipeline soll von Rußland über Weißrußland und Polen bis nach Deutschland führen, wo sie in Frankfurt an der Oder an das westeuropäische Pipelinesystem anschließt. Diese Pipeline soll eine strategische Rolle bei der Versorgung Europas mit russischem Erdöl nach 2010 spielen. Die Slowakei würde durch eine Abzweigung dieser Erdölleitung auf ihr Territorium eine strategische Bedeutung für ganz Europa gewinnen, was den Vorstellungen über die (diesmal wirtschaftliche) Brückenfunktion zwischen Ost und West voll entspricht.<sup>58</sup> Der russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin hat im August 1993 die Erweiterung der Gasleitung auf slowakisches Territorium versprochen, im August 1995 ließ man jedoch diese Idee als überflüssig fallen. Diese Entscheidung wurde freilich nicht von russischen Politikern, sondern von Ökonomen gefällt.<sup>59</sup>

Davon abgesehen ist es offensichtlich, daß Rohstoffe in Rußland billiger als auf den Weltmärkten zu erhalten sind. Die slowakischen Unternehmen, die 1995-96 den wirtschaftlichen Aufstieg von 1994 fortgesetzt haben - Slovnaf (Erdöl), Slowakische Gasindustrie (Slovenský plynárenský priemysel) oder VSŽ Košice (Eisenerz) - verarbeiten zumeist russische

---

<sup>57</sup> Siehe in: *Národná obroda*, 31.8.1993.

<sup>58</sup> Siehe in: *Forum*, 21.4.1995, S. 4.

<sup>59</sup> Siehe ein Interview mit dem Direktoren der Monopolfirma Gazprom Rem Viachirev in: *Pravda*, 24.4.1995.

Rohstoffe. Die Profite dieser Unternehmen liegen weit über dem slowakischen Standard und die Spitzenmanager dieser Firmen sind in der Regel eng mit der HZDS verbunden. Die Ostpolitik der Regierung Mečiar sichert ihren wirtschaftlichen Erfolg, und die Macht der Regierung stützt sich weitgehend auf die Unterstützung dieser Lobbies.

Das Slovrusgaz-Projekt wurde im Februar 1995 in Bratislava von Tschernomyrdin den slowakischen Partnern unterbreitet. Das Projekt soll einen wichtigen Teil des geplanten slowakisch-russischen Handelsabkommens bilden, das wiederum der erste Schritt zur Schaffung einer Freihandelszone zwischen der Slowakei und Rußland sein soll. Die "Philosophie" des Projekts geht davon aus, daß die russische Seite für die aus den Gaslieferungen erlösten Finanzmittel slowakische Produkte kauft und nach Rußland importiert. Auch in diesem Falle handelt die russische Regierung zum Nutzen von Gazprom. Das grundsätzliche Problem besteht in der Inkompatibilität der privatisierten Aktiengesellschaft Gazprom und der staatlich kontrollierten slowakischen Firmen.<sup>60</sup>

Die größten Schwierigkeiten in den bilateralen slowakisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen bereitet die Frage nach dem politischen Preis der engen Kontakte. Dies scheint ein dauerndes Problem zu sein, seit sich die Slowakei 1993 dem russischen Einfluß geöffnet hat. Eine kritische slowakische Zeitschrift drückte es 1993 so aus: "Wenn slowakische Firmen, die die Rußland-Investitionen aus eigenen Mitteln bestreiten, an einem Engagement in der russischen Rohstoffindustrie interessiert sind, ist alles in Ordnung. Das Risiko tragen dann die Firmen, ihre Aktionäre, bzw. die Banken, die ihnen mit Krediten helfen. Der durch seine Regierung vertretene Staat gefährdet mit solchen Aktivitäten alle seine Bewohner."<sup>61</sup> Im Vergleich mit anderen Visegrad-Staaten ist wieder festzustellen, daß die Slowakei das einzige ostmitteleuropäische Land ist, das solche "Sonderbeziehungen" mit Rußland anstrebt. Die tschechische Regierung erhebt z.B. keinen Anspruch auf einen speziellen wirtschaftlichen Status in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland und vermeidet deren bilaterale Institutionalisierung. Das gestattet es ihr, die Integrationsbestrebungen ganz offen zu äußern. Dasselbe gilt für Ungarn und sogar für Polen, das in naher Zukunft im Zusammenhang mit dem Pipelineprojekt beinahe ein strategischer Partner Rußlands wird.

#### ***4.4 Die sicherheitspolitische Dimension der slowakisch-russischen Beziehungen***

Die strategischen Interessen Rußlands in Ostmitteleuropa beruhen heute auf der nach dem ehemaligen (bis Januar 1996) russischen Außenminister Kosyrew benannten Doktrin, deren Grundprinzipien in den Jahren 1992-93 entwickelt wurden. Die Substanz der Kosyrew-Doktrin kann man als eine modernisierte Version der Monroe-Doktrin bezeichnen.<sup>62</sup> Die Doktrin ist direkt auf die postsowjetischen Republiken und indirekt auf die postkommunistischen Staaten Ostmitteleuropas zugeschnitten, und ihr Inhalt, der für die

---

<sup>60</sup> Alexander Duleba, Slepý pragmatizmus..., a.a.O., S. 18.

<sup>61</sup> Siehe in: Domino efekt, Nr. 35, 1993.

<sup>62</sup> Bohuslav Litera, The Kozyrev Doctrine - a Russian Variation of the Monroe Doctrine, in: Perspectives (Prag), Nr. 4, 1994/95, S. 45-52.



Slowakei von höchster Relevanz ist, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Rußland muß seine internationale Isolierung vermeiden, und das beste Mittel dazu ist eine Annäherung an die westlichen Sicherheitsstrukturen parallel zu den Ländern Ostmitteleuropas. Im Prozeß der Annäherung darf Rußland einen unabhängigen Weg der ostmitteleuropäischen Staaten nicht zulassen. Zugleich muß ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem durchgesetzt werden, dem auch die NATO unterordnet ist. Rußland muß ein integraler Bestandteil jedes Sicherheitssystems in Europa sein. Jede Entwicklung, die nicht im Einklang mit diesen Grundsätzen steht, bedeutet eine neue Teilung Europas und schafft die Gefahr neuer Konfrontationen.

Diese außenpolitische Doktrin, an der Rußland auch unter Außenminister Jewgenij Primakow unverändert festhält, unterscheidet sich von den zwei vorangegangenen außenpolitischen Doktrinen, mit denen die Slowakei (noch als Teil der ČSSR) zu tun hatte: von der klar imperialistischen Breshnew-Doktrin (Satellitenstellung der formell unabhängigen Staaten und im Falle ihres Ungehorsams sowjetisches Recht auf militärische Intervention), die es der ČSSR 1968 nicht ermöglichte, sich vom Ostblock zu lösen, und von der nach dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister der Gorbatschow-Ära genannten Kwizinskij-Doktrin (ostmitteleuropäische Staaten sind nicht mehr Satelliten der UdSSR, aber in ihrer außenpolitischen Orientierung sollten sie Neutralität bevorzugen und nicht nach Integration in westliche Sicherheitsstrukturen streben). Die Kwizinskij-Doktrin ermöglichte es der ČSSR (und damit der Slowakei), sich 1989-90 politisch von der UdSSR zu lösen.

Verglichen mit der Kwizinskij-Doktrin bedeutet die Kosyrew-Doktrin einen härteren Kurs Rußlands gegenüber Ostmitteleuropa bzw. dem Westen in der Frage der NATO-Osterweiterung. Die ostmitteleuropäischen Staaten sollen mit allen verfügbaren Mitteln (mit Ausnahme militärischer) von den Vorteilen der Zusammenarbeit mit Rußland überzeugt werden. So heißt es in Punkt 13 der Doktrin: "Bei der Sicherstellung einer neuen Qualität der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Ostmitteleuropa sollen die positiven in der Vergangenheit erreichten Resultate betont werden", und weiter im selben Punkt: "Zum strategischen Ziel gehört die Aufgabe, zu verhindern, daß die ostmitteleuropäischen Länder zu einer Pufferzone werden, die Rußland vom Westen isolieren würde".<sup>63</sup> Während die Kwizinskij-Doktrin, die die "schwache" Außenpolitik Gorbatschows widerspiegelte, ausdrücklich die Souveränität Ostmitteleuropas respektierte und sich gegenüber diesem Raum eher höflicher Empfehlungen bediente, verrät die Kosyrew-Doktrin schon einige Züge der Breshnew Doktrin, auch wenn die Formulierungen in bezug auf Ostmitteleuropa nicht so arrogant ausgedrückt werden wie z. B. in bezug auf die postsowjetischen baltischen Staaten.

Das militär-politische Gegenstück zur außenpolitischen Doktrin bildet die russische Militärdoktrin.<sup>64</sup> Zur Erhaltung des Weltfriedens ist gemäß dieser Doktrin die Zusammenarbeit Rußlands mit den folgenden Institutionen notwendig: GUS (für das Gebiet der ehemaligen

---

<sup>63</sup> Siehe Russia's Foreign Policy Concept, in: International Affairs, Nr. 1, 1993, S. 16.

<sup>64</sup> Die Militärdoktrin wurde unter dem Namen "Grundsätze der Militärdoktrin der Russischen Föderation" durch den Sicherheitsrat der Russischen Föderation und als Erlaß der Präsidenten Nr. 1833 vom 2.11.1993 bestätigt. Analyse siehe in: Mezinárodní vztahy, Nr. 1, 1993.

UdSSR), KSZE (OSZE) auf der regionalen Ebene und UNO im globalen Maßstab. In dem Dokument wird wiederholt die Notwendigkeit von Strukturen der kollektiven Sicherheit betont. In der Militärdoktrin geht Rußland des weiteren implizit von seinem Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen ab, indem es einen "massenhaften Einsatz von Kernwaffen" auch in dem Falle zuläßt, wenn der Gegner die Atomwaffen nur im beschränkten Maße anwendet. Die Atomwaffen können auch gegen Länder eingesetzt werden, die keine Kernwaffen besitzen. Für die slowakischen NATO-Beitrittsambitionen sind die Passagen wichtig, in denen die Erweiterung von Militärblöcken und -allianzen auf Kosten der Sicherheit Rußlands als tatsächliche und potentielle Quelle militärischer Bedrohung gewertet wird: "Das Konzentrieren von Militärformationen an den Grenzen der Russischen Föderation in einem Maße, daß das bestehende Machtgleichgewicht gestört wird, ist einer der Faktoren, infolge derer die militärische Gefahr in eine unmittelbare militärische Bedrohung des Landes umschlägt".<sup>65</sup> Auch wenn Rußland inzwischen mehrfach wiederholt hat, daß es die NATO-Ambitionen der ostmitteleuropäischen Staaten "mit Verständnis" beobachtet<sup>66</sup>, hat sich die ablehnende Haltung gegen die Eingliederung ehemaliger Satelliten in die NATO seit der Annahme der Kosyrew-Doktrin und der neuen Militärdoktrin keineswegs geändert. Aus den beiden Grundsatzdokumenten der russischen Sicherheits- und Militärpolitik spricht eine eindeutige Ablehnung der Integration. Für die ostmitteleuropäischen Staaten, in diesem Falle also die Visegrad Staaten einschließlich der Slowakei, heißt das:

- a) Rußland will "verhindern" (so die Kosyrew-Doktrin), daß sich Ostmitteleuropa in den Westen integriert und es will diese Region in einer Position zwischen Ost und West halten.
- b) Die Ausdehnung der sicherheitspolitischen Garantien der NATO auf die Visegrad Staaten wird von Rußland als Schritt zur Isolierung Rußlands und als Störung der zur Zeit angeblich existierenden Symmetrie zwischen Ost und West angesehen.
- c) Rußland betreibt die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Beteiligung der ostmitteleuropäischen Staaten.
- d) Unter Berufung auf angebliche Komplementarität der Wirtschaften Rußlands und der Visegrad-Gruppe sucht Rußland eine Stärkung der wirtschaftlichen Bindungen zu diesen Staaten.
- e) Um die Integration der ostmitteleuropäischen Länder in die NATO zu verhindern, bedient sich Rußland einer immer schärferen Rhetorik, die sogar vor der Drohung mit einem neuen kalten Krieg nicht zurückschreckt.<sup>67</sup>

Die vielversprechenden guten Beziehungen zwischen der Slowakei und Rußland, die sich schon 1991 abzeichneten, kamen nach der Gründung des unabhängigen slowakischen Staates

---

<sup>65</sup> Zit. nach: Jiří Šedivý, *Bezpečnostní politika Ruské federace* (Die Sicherheitspolitik der Russischen Föderation). Prag 1995, S. 51.

<sup>66</sup> Es handelt sich u.a. um die vielzitierte Äußerung von Boris Jelzin, die er im September 1993 in Warschau auf die Adresse des polnischen NATO-Beitritts machte. Siehe in: *Pravda*, 14.11.1993.

<sup>67</sup> George Melloan, *If Russia Wants Another Cold War, Fine*, in: *The Wall Street Journal Europe*, 19.9.1995, S. 9.

bis 1996 in rund 60 slowakisch-russischen Abkommen auf Regierungsebene zum Ausdruck. Die Basis für die in dem Zeitraum 1994-96 abgeschlossenen Abkommen bilden zwei Grundsatzabkommen, die die Regierung Mečiar schon im Sommer 1993 unterzeichnete und aus denen sich die in der Kosyrew-Doktrin enthaltenen strategischen Ziele Moskaus mühelos herleiten lassen.

Das erste dieser Grundsatzabkommen ist der *Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der Slowakischen Republik und der Russischen Föderation* vom 26. August 1993. In Artikel 5 des Vertrags ist eine außerordentlich umstrittene Klausel enthalten, die in den Abkommen Rußlands mit anderen ostmitteleuropäischen Ländern nicht zu finden ist: "Die Vertragsparteien bestätigen, daß die Sicherheit in Europa unteilbar ist und daß ihre Sicherheit mit der Sicherheit aller Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa verbunden ist". Dieser Vertragsartikel kann in der Zukunft für die slowakische Seite, sollte sie sich wirklich um Vollmitgliedschaft in der NATO bemühen, schwerwiegende Folgen haben. Er entspricht völlig der in der Kosyrew-Doktrin enthaltenen russischen Strategie, die stets die Auflösung der NATO und ihren Ersatz durch die OSZE zum Ziel hatte. Durch die vertragliche Verpflichtung gegenüber Rußland geriet die Slowakei praktisch zwischen zwei europäische sicherheitspolitische Strategien: die auf die NATO und die WEU gestützte Strategie des Westens gegenüber Rußland und die Strategie Rußlands gegenüber Westeuropa. Die Grenzen zum Osten bleiben offen, aber es liegt im Interesse von Staaten wie Polen, Ungarn und der Slowakei, daß im Falle einer neuen bipolaren Krise die Trennungslinie an der östlichen Grenze ihres Territoriums verläuft.

Die Strategie Rußlands geht dagegen davon aus, daß der Warschauer Pakt nicht mehr existiert und daß es daher keinen Grund mehr gebe, die NATO am Leben zu erhalten. Die Osterweiterung der NATO wird auch 1996 beinahe als ein Akt der offenen Aggression gegen Rußland gewertet. Die OSZE sollte nach den russischen Vorstellungen zur Plattform der Verhandlungen über die neue Sicherheitsarchitektur Europas werden. In der weiteren Existenz der NATO und der beabsichtigten NATO-Osterweiterung wird eine Bestätigung oder sogar Vertiefung der Teilung Europas gesehen. Im slowakisch-russischen Grundvertrag steht zu diesem Punkt in Artikel 9 die Formulierung, daß beide Vertragsparteien die Versuche einer neuen Teilung Europas verhindern wollen. Die Interpretation des Vertrags, insbesondere des Artikels 5, ist für die russische Seite unzweideutig, und die slowakischen Erklärungen über den angestrebten NATO-Beitritt werden auf diese Weise unglaubwürdig. Auf die Verpflichtung, die sich aus Artikel 5 für die Slowakei ergibt, wies übrigens schon der damalige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des russischen Parlaments, Jewgenij Ambarzumow, bei seinem Besuch in Bratislava im September 1993 hin. Auf die Erklärung des Sprechers des slowakischen Außenministeriums, daß die Slowakei den NATO-Beitritt anstrebe, reagierte er kühl mit dem Verweis auf den Artikel 5 des slowakisch-russischen Grundvertrags. Nach seiner Meinung schließt dieser Artikel die Möglichkeit aus, daß "die Slowakei Mitglied eines regionalen Pakts wie der NATO wird."<sup>68</sup> Nach Abarzumow sollte die Slowakei eine Politik

---

<sup>68</sup> Siehe: Sme, 23.9.1993.

betreiben, die konsequent zur Schaffung einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur beiträgt.

Für die krisenhafte Situation in der slowakischen Politik ist bezeichnend, daß Präsident Michal Kováč, der den Grundvertrag im August 1993 gemeinsam mit Boris Jelzin in Bratislava unterzeichnet hatte, im November desselben Jahres in Brüssel das offizielle Gesuch um Aufnahme der Slowakei in die NATO unterbreitete. Diese scheinbare Doppelgleisigkeit des politischen Handelns erklärt sich auf zweierlei Weise:

1. Im August 1993 war der beginnende Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten noch nicht offen zutage getreten. Die Zuspitzung wurde erst im Herbst 1993 evident und betraf zunehmend die außenpolitische Orientierung des Landes. Aus diesem Grund kam es am Anfang 1994 auch zum Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Außenministerium.
2. Der Inhalt des Vertrags wurde bis kurz vor der Unterzeichnung durch beide Präsidenten dem Parlament nicht in vollem Umfang vorgelegt mit der Begründung, der vollständige Text sei noch nicht fertig. So entwickelte sich keine parlamentarische Diskussion zu diesem Thema. Man diskutierte nur über die bekannten Teile des Textes, insbesondere über die Präambel, wobei die Abgeordneten eine ausdrückliche Verurteilung der sowjetischen Invasion vom August 1968 durchsetzten. Daß die nebelige Formulierung von der "Unteilbarkeit" der europäischen Sicherheit der Aufmerksamkeit der politischen Opposition entgangen ist, ist offensichtlich deren Unerfahrenheit zuzuschreiben. Bei der Ratifizierung des Vertrags durch das slowakische Parlament ein Jahr später befand sich die Slowakei wieder in einer Ausnahmesituation: Vorzeitige Parlamentswahlen standen bevor, und das Parlament war völlig auf die Innenpolitik konzentriert. So wurde der Vertrag im August 1994 ohne Änderungen ratifiziert.

Mit der Hilfe dieses Vertrags war es der russischen Diplomatie gelungen, wenigstens einem postkommunistischen Land Ostmitteleuropas ihre außen- und sicherheitspolitische Vision nahezubringen. Es steht außer Frage, daß die einzige sicherheitspolitische Organisation, die den russischen Interessen in Europa entspricht, die OSZE ist. Es gehört zu den natürlichen Zielen der russischen Diplomatie, daß alle anderen regionalen Organisationen, die sich mit Fragen der europäischen Sicherheit befassen (im "Programm zur Effektivitätssteigerung der KSZE" des russischen Außenministeriums vom November 1994 werden genannt: GUS, NACC, EU, Europarat, NATO und WEU) von der OSZE koordiniert werden.<sup>69</sup> Diese Konzeption sieht eine Osterweiterung der NATO nicht vor, da die Stärkung der OSZE gerade als Alternative zur Erweiterung propagiert wird. Interessanterweise akzeptierte die Slowakei in der zweiten Jahreshälfte 1993 die russische Sicht der neuen Sicherheitsarchitektur Europas. Zu dieser Zeit nahm die Kosyrew-Doktrin schon eine feste Position in der russischen Außenpolitik ein, Versuche, die ostmitteleuropäischen Länder auf die russische Linie einzuschwören, waren evident, und Rußland sprach sich schon offen gegen die NATO-

---

<sup>69</sup> Siehe: Programma povýšeníja éffektivnosti v SBSE (Programm zur Steigerung der Effektivität der KSZE), zit. nach: Alexander Duleba, S. 28.

Osterweiterung aus. Die slowakische Außenpolitik entwickelte sich seitdem auf einer unklaren, zweideutigen Ebene, was ausländischen politischen Beobachtern und Politikern nicht entgehen kann. Die Zweideutigkeit betrifft die Sicherheitspolitik im allgemeinen, also auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky drückte es 1995 in einem Gespräch mit Mečiar so aus: "Wir sehen bei Ihnen in der Slowakei zwei Antlitze. Eines stellt sich freundlich zur EU, das andere sieht anders aus".<sup>70</sup> Die Zwischenposition der slowakischen Außenpolitik kommt darin zum Ausdruck, daß ihre Vertreter widersprüchliche Erklärungen abgeben, je nachdem, ob sie mit westlichen oder mit russischen Partnern sprechen. Als Beispiel können hier wieder die Äußerungen des slowakischen Ministerpräsidenten Mečiar zum Abschluß der Verhandlungen in Moskau Ende Oktober 1995 dienen: "Die NATO-Erweiterung ist im Regierungsprogramm enthalten und die Regierung ändert ihr Programm vorläufig(!) nicht". Zugleich äußerte der Regierungschef jedoch seine Vorstellung von einem "kontinentalen" sicherheitspolitischen System, das auch Rußland einbeziehen soll: "Einer der möglichen Wege ist es, daß die NATO sich in eine gesamteuropäische Organisation transformiert, in der sowohl Länder mit voller Mitgliedschaft, als auch Länder, die einfach kooperieren, eine Vertretung finden werden".<sup>71</sup> Diese Züge der slowakischen Außenpolitik stehen in klarem Widerspruch zu den erklärten NATO-Beitrittsabsichten, aber auch zu dem vorläufig letzten und wichtigsten offiziellen NATO-Dokument über die Erweiterung, in welchem a) der OSZE keine alternative Sicherheitsfunktion zugestanden wird und b) den Beitrittskandidaten die vollen Sicherheitsgarantien nach Artikel 5 der Washingtoner Deklaration zugesagt werden.<sup>72</sup>

Das zweite russisch-slowakische Abkommen, das zu gleicher Zeit wie der Grundvertrag in Bratislava unterzeichnet wurde - der *Vertrag über militärische Zusammenarbeit* - hat zwar Ressortcharakter (auf der Ebene der Verteidigungsministerien der Slowakei und Rußlands), ist jedoch aus sicherheitspolitischer Sicht viel wichtiger als der Grundvertrag, da es sich nicht nur um sicherheitspolitische, sondern direkt um militärisch-politische Zusammenarbeit handelt. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Rußland und der Slowakei bildet ein Bindeglied zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Zusammenarbeit.

Der Vertrag über militärische Zusammenarbeit wurde am selben Tag wie der Grundvertrag unterzeichnet (von den Verteidigungsministern Pawel Gratschow und Imrich Andrejčák) und unterlag als Ressortvertrag nicht der parlamentarischen Zustimmung. Der Vertrag knüpfte unmittelbar an Artikel 5 des Grundvertrags an. Diesen Artikel hat Boris Jelzin übrigens gleich nach der Unterzeichnung beider Verträge als den "vielleicht wichtigsten" bezeichnet.<sup>73</sup> Der Vertrag hatte geheimen Charakter, sein vollständiger Wortlaut wurde den Medien und der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Der Pressesprecher des slowakischen Verteidigungsministeriums

---

<sup>70</sup> Peter Zajac, *Dve tváre Slovenska (Zwei Antlitze der Slowakei)*, in: *Domino efekt*, Nr. 24, 1996.

<sup>71</sup> Ivan Drábek, *Počas rokovani V. Mečiar v Rusku uzavreli šest dohod (Während der Verhandlungen von V. Mečiar in Rußland wurden sechs Abkommen unterzeichnet)*, in: *Pravda*, 2.11.1995.

<sup>72</sup> Siehe: *Study on NATO Enlargement*, NATO HQ, September 1995.

<sup>73</sup> Siehe: *Pravda*, 27.8.1993.

nannte den Vertrag vorteilhaft für die Slowakei. Aus einem Interview, das er der Presse gab,<sup>74</sup> ergibt sich Folgendes:

1. Die slowakische Luftwaffe erhält die Möglichkeit, im Luftraum Rußlands Übungen zu abzuhalten, und die Flugzeuge der slowakischen Armee erhalten die Erlaubnis, auf russischen Militärflughäfen zu landen (die Erlaubnis gilt auch umgekehrt, d.h., die russische Luftwaffe darf im slowakischen Luftraum üben und slowakische Militärflughäfen benutzen).
2. Die Möglichkeit, russisches Territorium zu benutzen, gilt auch für Übungen mit Boden-Boden-Raketen der slowakischen Armee - die slowakische Armee hat wegen territorialer Beschränkungen keine Übungsmöglichkeiten im eigenen Land (auch hier gilt der Grundsatz der Gegenseitigkeit, d.h. die russische Armee darf, rein theoretisch, Übungen mit Boden-Boden Raketen auf dem Territorium der Slowakei durchführen).
3. Die Rückzahlung der russischen Schulden (der Schulden, die Rußland von der UdSSR erbt) an die Slowakei soll durch Lieferungen von Jagdflugzeugen (MiG-29) und Ersatzteilen für die slowakische Militärtechnik (die aus sowjetischen bzw. russischen Waffentypen besteht) erfolgen.

Dieser militärische Grundvertrag hat weitere Teilverträge zwischen beiden Verteidigungsministerien nach sich gezogen, so das *Abkommen über die Zusammenarbeit des slowakischen und des russischen Verteidigungsministeriums* von 1994<sup>75</sup> und die *Beschlüsse über gemeinsame Verhandlungen auf dem Gebiet der Rüstung und weitere Zusammenarbeit* von 1995. In beiden Dokumenten ist die Verpflichtung zum Austausch von Informationen über Modernisierungstrends in der Rüstung enthalten.<sup>76</sup> Die Frage des weiteren Abbaus der sowjetischen Schulden ist durch ein im August 1995 in Moskau unterzeichnetes Abkommen geregelt, in dem weitere Lieferungen von "speziellem Material" an die Slowakei vereinbart sind.<sup>77</sup> Diese drei Abkommen zusammengenommen bedeuten eine Stärkung der militärisch-industriellen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Nach dem totalen Kollaps der slowakischen (bzw. tschechoslowakischen) Rüstungsindustrie hatte die Slowakei den Kontakt zu russischen Militärkreisen nicht ganz verloren, wie die schon erwähnten Initiativen des Ministerpräsidenten Anfang der 90er Jahre bezeugen. Nach der Trennung der Föderation ließen die führenden slowakischen Wirtschaftsexperten und Regierungsbeamten keinen Zweifel daran, daß die Rüstungsindustrie eine zweite Chance erhalten soll. Die Rüstungsorientierung war übrigens Politik aller slowakischen Regierungen nach 1993, ob sie nun eher national oder mehr supranational ausgerichtet waren. Bereits eine Woche nachdem

---

<sup>74</sup> Siehe: Sme, 31.8.1993.

<sup>75</sup> Plán spolupráce medzi ASR a ozbrojenými silami Ruskej federácie na rok 1994 (Plan zur Zusammenarbeit zwischen der Armee der Slowakischen Republik und den Streitkräften der Russischen Föderation für das Jahr 1994), in: Armáda Slovenskej republiky (Die Armee der Slowakischen Republik), Bratislava 1995, S. 50.

<sup>76</sup> Siehe: Pravda, 17.3.1995.

<sup>77</sup> Siehe. Armáda Slovenskej republiky, a.a.O. S. 42.

die Slowakei unabhängig worden war, kündigte der alte und neue Ministerpräsident Mečiar eine Umkehr der bisherigen restriktiven Rüstungsexportpolitik an. Damit war das aus der Föderation stammende Rüstungstabu endgültig und offiziell aufgehoben. In der Erklärung des stellvertretenden Verteidigungsministers in der "prowestlichen" Regierung Moravčík 1994 hieß es: "Wir wollen zwar nicht als die Waffenlieferanten Europas bekannt werden, jedoch wir wollen für unsere Bürger Arbeitsplätze schaffen. Was sich hier abspielt, ist ein strategischer Kampf um Rüstungsmärkte. Jede Taktik, jedes Mittel ist ein faires Spiel. Wir wollen nur das machen, was der Rest der Welt macht."<sup>78</sup> Daß die Slowakei die Rüstungsindustrie als festen Bestandteil ihres Wirtschaftssystems betrachtet, bestätigte 1996 auch Ministerpräsident Mečiar.<sup>79</sup>

Rußland spielte von Anfang an eine Schlüsselrolle bei der Neuankurbelung der slowakischen Rüstungsindustrie. Bei der Unterzeichnung des Grundvertrages zwischen Rußland und der Slowakei drückte es Boris Jelzin in Bratislava sehr offen aus: "Die Slowakische Republik wird kaum imstande sein, die mit der Produktion von Militärtechnik verbundenen Probleme selbständig zu lösen. Und Rußland kann helfen".<sup>80</sup> Konkretere Züge gewann die militärisch-industrielle Zusammenarbeit erst 1995, weil nach dem Sturz der Regierung Mečiar im März 1993 die gegenseitigen Kontakte zunächst abgeflaut waren. Bei einer Serie von Verhandlungen zwischen dem russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin und dem inzwischen wieder ins Amt zurückgekehrten Ministerpräsidenten Mečiar im Februar 1995 in Bratislava, sowie bei speziellen Verhandlungen im März 1995 in Bratislava, die für die russische Seite vom Sekretär des russischen Sicherheitsrats geführt wurden, wurden einige weitere Abkommen im Sicherheitsbereich unterzeichnet, unter anderem über die Gründung einer slowakisch-russischen Holding für die Herstellung von Flugzeugmotoren für russische Militärflugzeuge und eines speziellen Reparaturbetriebs für russische Flugzeugtechnik in Trenčín, ein Abkommen über die Sicherung von Chiffriermitteln, die in Rußland erzeugt und in der Slowakei angewandt werden. Insgesamt wurden 12 Abkommen unterzeichnet, von denen mindestens fünf unmittelbar mit Sicherheit zu tun haben.<sup>81</sup> Außerdem wurde über Erweiterungsmöglichkeiten in der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen der Verteidigungsindustrie verhandelt.

Die außenpolitische Bedeutung dieser bilateralen Maßnahmen liegt nicht allein darin, daß wirtschaftliche Kontakte zwischen der Slowakei und Rußland gepflegt werden, sondern vielmehr darin, daß man im Interesse kurzfristiger Gewinne einen strategisch wichtigen Zweig der slowakischen Wirtschaft langfristig an die russische Wirtschaft bindet. Die Orientierung der slowakischen Rüstungsindustrie auf Rußland bedeutet implizit, daß es

---

<sup>78</sup> Siehe das Interview des stellvertretenden Verteidigungsministers (A. Sobol) für Reuter, Bratislava, 24.11.1994.

<sup>79</sup> Der Ministerpräsident Mečiar in einer Vorlesung über die slowakische Außenpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik in Bonn am 19.1.1996.

<sup>80</sup> Siehe: *Národná obroda*, 27.8.1992, S. 2.

<sup>81</sup> *Zoznam podpísaných dohod medzi Slovenskom a Ruskou federáciou* (Verzeichnis der unterzeichneten Abkommen zwischen der Slowakei und der Russischen Föderation), in: *Slovenská republika*, 15.2.1995.

Probleme mit der Einhaltung der internationalen Regeln des weltweiten Waffenhandels gibt. Die neue Einstellung der Slowakei zur Rüstungsindustrie und die Möglichkeiten, die sich aus dem slowakisch-russischen Vertrag über militärische Zusammenarbeit ergeben, führten zu einer Initiative für Waffenexporte. Die neue Haltung zeigte sich schon 1993 bei einer Serie von Auslandsreisen slowakischer Politiker in Begleitung von Waffenexperten. Die slowakische Diplomatie muß inzwischen große Anstrengungen unternehmen, um Skandale mit illegalem Schmuggel slowakischer Waffen zu entschärfen. 1995 sah sich das Außenministerium zu einer öffentlichen Erklärung genötigt, in der es bestreitet, daß slowakische Waffen illegal an radikale islamische Gruppen und terroristische Organisationen verkauft werden. "Die Ausfuhr von Waffen in Gebiete politischer Gewalt ist verboten", heißt es in der Erklärung.<sup>82</sup> Skandale mit illegalem Waffenhandel dauerten jedoch an, wie sich 1995 zeigte, als auf den Azoren durch Zufall eine als medizinisches Gerät getarnte und für Peru bestimmte Ladung slowakischer Waffen aus einem russischen Flugzeug beschlagnahmt wurde.<sup>83</sup> Die slowakische Waffenexportkommission behauptet dabei, daß die Waffen ordentlich lizenziert worden seien. In einige weitere Fälle des Schmuggels von Waffen (Panzermaschinengewehre) waren sogar hohe Offiziere des Generalstabs direkt verwickelt. Aus diesen und ähnlichen Vorfällen folgt:

- Zwar kommen Skandale mit Waffenhandel auch in anderen Ländern vor, aber die Slowakei gehört zur Zeit zu den problematischen Kandidaten für den NATO-Beitritt, weshalb die Waffengeschäfte dieses Landes aufmerksamer als die anderer Länder verfolgt werden.
- Die staatliche Kontrolle des Waffenexports muß strenger sein, wenn das Land ein vertrauenswürdiger Kandidat für die NATO- und WEU-Mitgliedschaft sein will.
- Die feste Bindung ihrer Rüstungsindustrie an den russischen militärisch-industriellen Komplex setzt die Slowakei der Kritik der Nachbarstaaten aus, weil die Slowakei, im Unterschied zu Rußland, in der Mitte Europas geographisch präsent ist.

Vorwürfe aus dem Ausland, die Slowakei hätte zwischen April 1993 und April 1994 unter Verletzung des UNO-Embargos Waffen im Wert von 100 Mio. US-\$ nach Serbien, von 60 Mio. US-\$ nach Kroatien und von 10 Mio. US-\$ nach Bosnien-Herzegowina geliefert, wurden von Bratislava als unwahr zurückgewiesen. In einer offiziellen Stellungnahme des Außenministeriums wurde erklärt, die Slowakei habe in diesem Zeitraum ausschließlich für UNPROFOR bestimmte Waffen im Wert von 4 Mio. US-\$ in das ehemalige Jugoslawien ausgeführt.<sup>84</sup> Da mit der Selbstauflösung des Warschauer Pakts und dem Kollaps der östlichen Wehrtechnik im Golfkrieg der traditionelle Markt für den Hauptexportartikel, den Panzertyp T-72, fast völlig verloren ging, braucht die Slowakei die russische Zustimmung zur

---

<sup>82</sup> Siehe: Sme, 10.2.1995.

<sup>83</sup> Außer Peru wurden als mögliche Ziele noch die Dominikanische Republik und Ecuador genannt. Siehe: Sme, 18.3.1995 und Pravda, 18.3.1995, die die Angaben von der Zeitung Diário de Noticias vom 17.3.1995 übernahmen.

<sup>84</sup> Siehe: RFE/RE News Briefs, 25.-27.7.1994; Supplement zu dem RFE/RE Research Report, Nr. 31, 1994, S. 22.



fortlaufenden Modernisierung dieser russischen und ursprünglich sowjetisch lizenzierten Waffe. Nach Meinung von Experten werden auf der Welt zur Zeit 8.000 Stück des T-72 verwendet.<sup>85</sup> 1994 eröffnete die slowakische Diplomatie eine von offiziellen Besuchen in Indien, Vietnam, Indonesien, Iran und Syrien begleitete Werbekampagne, deren erklärtes Ziel es war, die verlorenen Märkte für slowakische Waffen wiederzugewinnen. Es ist die slowakische Absicht, binnen weniger Jahre die Waffenproduktion auf mindestens 25 Prozent der Menge von 1989 zu steigern.<sup>86</sup> Die slowakische Politik geht davon aus, daß für diesen Durchbruch die militärisch-technische Zusammenarbeit mit Rußland notwendig ist.

Bei der Zusammenarbeit im militär-technischen Bereich geht es allerdings nicht mehr um die über dem üblichen Standard liegenden Beziehungen, die in die Kategorie der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Slowakei und Rußland fallen. Die enge militär-technische Zusammenarbeit hat ernste sicherheitspolitische und somit auch außenpolitische Implikationen, die mit der Integration der Slowakei in die EU und insbesondere in die NATO unmittelbar zu tun haben. Die Entscheidung, sich an die russische Rüstungsindustrie zu binden, ist dabei keineswegs von einem absoluten Sachzwang diktiert, denn die Slowakei hat in den letzten zwei Jahren in der Rüstungsindustrie auch alternative Waffenzweige geschaffen, die eine Produktion in Rußland weder nötig noch möglich machen.<sup>87</sup>

Die Sicherheitslage der Slowakei war in den letzten Jahren durch die allgemeinen Unsicherheiten und Risiken nach dem Ende des Kalten Krieges gekennzeichnet. Der Druck, unter dem sich Ostmitteleuropa befindet, steht in direktem Zusammenhang mit dem Gefühl der Bedrohung durch die unberechenbare Entwicklung in Rußland und in der GUS-Region. Das Potential der direkten Bedrohung ist infolge eines Komplexes wirtschaftlicher, politischer, sozialer und ethnischer Konfliktquellen in allen postkommunistischen Ländern gestiegen. Durch die gestiegene Zahl der möglichen Machtzentren multiplizierte sich logischerweise auch der indirekte Bedrohungsgrad, der wie in einer Kettenreaktion mehrere mögliche subregionale Krisenherde entstehen läßt. Die Slowakei liegt an der Grenze zu einem Teil Europas, der viele Risiken unterschiedlicher Dimensionen und Stufen in sich birgt. Während Polen, Ungarn und Tschechien die aus dieser Richtung kommenden Risiken dadurch auszuschalten suchen, daß sie ihre sicherheitspolitischen Initiativen gänzlich auf Westeuropa ausrichten, hat die Slowakei zuerst 1993 und dann wieder 1995/96 einen anderen Weg gewählt.

---

<sup>85</sup> In dem Rüstungsproduktionskomplex ZTS Martin in der Zentralslowakei wurde inzwischen der klassische Panzertyp T-72 als T-72 M1 und T-72 M2 modernisiert und wird auf den Weltmärkten verkauft. Nach technischen Expertisen könnte sich das Preis-Leistungsverhältnis des T-72 M2 als eine erfolversprechende Alternative zu den westlichen Typen Leopard 2, Leclerc, Abrams oder Challenger erweisen. Siehe: B. McNally: India Lifts Slovakia's Tank Firms, in: Defense News, 17 -23.10.1994.

<sup>86</sup> Siehe das Interview des ehemaligen (bis Anfang 1995) Verteidigungsministers Pavol Kanis für Reuter, Bratislava, 24.11.1984

<sup>87</sup> Es handelt sich in erster Reihe um kleinere Artilleriesysteme, besonders Haubitzen. Der Typ Zuzana, z.B., benutzt schon standardisierte Munition und gilt als die erste slowakische Waffe, die ausschließlich für westliche Märkte bestimmt ist.

**Ivo Samson**

## **Slovakia: Between Rapprochement with Moscow and the Desire for Western Integration**

Bericht des BIOst Nr. 2/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

Russian foreign policy today is no longer part of an imperialist domestic policy, as it was during the Soviet period, but resembles the foreign policy of any normal state. Following the abrupt end of the USSR at the beginning of the 1990s, Russia's interest turned once again to East Central Europe, which at that time was attempting to create a new image for itself by forming a number of regional groupings of states. (Prior to that, the Russians, as a constituent nation of the USSR, had been chiefly preoccupied with the collapsing Soviet Union.) The regional alliances of the Central and East European states (the so-called Quadrangular, Pentagonal, Hexagonal, the Central European Initiative, the Visegrad Group and CEFTA) soon proved to be incapable of extensive co-operation or of forging an independent existence as institutions that were distinct from both the European Community and Eastern Europe. Two of these groups – the Visegrad Group and CEFTA, which began to undergo a dynamic development after 1995 – continued to function well practically until 1996. But, with the exception of Slovakia, they resisted institutionalisation, wishing to be regarded merely as preparatory mechanisms for membership of the EU and NATO. When they dropped their idea, acceptable to the Russians, of occupying a position between East and West, the Russian response was to abandon its tolerant foreign policy stance of the Gorbachev era. Since 1992 Russia has tried wherever conditions seemed favourable to regain lost political influence outside the CIS, and on the basis of a new foreign policy doctrine, which is paralleled by a new military doctrine, Russian diplomacy has tried to support this ambition.

While in South-eastern Europe Russia has concentrated – with a fair degree of success – on consolidating its position by cultivating closer relations with Bulgaria, in East Central Europe it has attempted to use Slovakia for the same purpose. The Slovak Republic seemed to be the most suitable candidate to assume the role of defender of Russian interests in East Central Europe. Of the four Visegrad countries, only Slovakia has no tradition of animosity towards Russia and the Russians. By contrast, Polish and Hungarian mistrust of Russia stretches back well into the nineteenth century. No political elite in either of those two countries can afford to be seen publicly as pro-Russian. The same goes for the Czech Republic, which, incidentally, is now (following the break-up of the Czechoslovak federation in 1992/93) the only Visegrad country that has no common border with the unstable CIS region. Slovakia is

also constrained by a number of other factors, mainly economic, to remain on good terms with the Russian Federation. Finally, there are a number of political reasons why part of the ruling elite in Slovakia perceives Russia as a more desirable partner than Western Europe.

Today, Russia is no longer in a position to exercise direct control over the Visegrad countries, since these states, with the exception of Slovakia, are now considered to be among the top candidates for membership of the EU and NATO. Given that preventing the integration of these countries in Western structures is one of Russia's declared foreign-policy goals, Slovakia's willingness to co-operate with the Russian Federation is highly opportune. A fundamental change in Slovak-Russian (as opposed to Czechoslovak-Russian) relations took place during the first year following Slovak independence, 1993, when those relations were legally underpinned by treaties the far-reaching nature of whose provisions was without parallel in the other Visegrad states. This rapprochement, the like of which has not been seen in East Central Europe since the political changes of the late 1980s, stands in contradiction to Slovakia's declared endeavours to become integrated in the EU and NATO.

### *Findings*

1. In the opinion of many foreign observers and politicians, Slovak foreign policy is at present not entirely predictable. This opinion is shared by the majority of the educated population in Slovakia. Today, in the mid-1990s, Slovak society is sharply divided about the direction that foreign and security policy ought to take: those sectors of society that are still independent of the government (academic and higher-education institutions and part of the church hierarchy) and the better-educated electorate favour a clear orientation towards integration in Western economic, security and even military structures. Professional groups allied with the government (who are clearly in a minority), on the other hand, and the less well-educated electorate (on which the present governing coalition bases its mandate) hold either a neutral attitude towards integration or else more or less reject it.
2. As a rule, the more sceptical people are about integration in the EU or NATO the more accepting they are likely to be of a close relationship with Russia. For those parts of the population that hold a negative attitude to integration ties with Russia represent a guarantee against the country's plunging headlong into the unfamiliar and therefore feared Western milieu. By contrast, the Eastern European mentality, which is reflected in the language, is something with which parts of the economic elite and above all for the military elite feel at home.
3. Since the Slovak government regards the Programme issued at the beginning of 1995 as a binding document forming the main basis for its foreign policy it continually experiences difficulties in reconciling these declared foreign policy principles with the policy pursued in practice. While on the one hand feeling bound to stand by its declared desire for integration and its associate membership of the EU, it is also aware of its obligations towards Moscow.

4. Bratislava has sought to counter NATO's reserved attitude towards the Slovak application for full membership and the EU's criticism of undemocratic practices in Slovakia (the concentration of power in the hands of one person, undemocratic treatment of the opposition in parliament, infringements of minority rights) with the argument that the West needs Slovakia on account of its geopolitical position. In overestimating its own importance, Slovakia believes that it can force the EU and NATO to adopt a lenient attitude towards internal political developments in Slovakia and to its relations with Russia – a view that is often expressed publicly by the government and also by leading politicians, including the prime minister. Should the West refuse to accept the direction taken by Slovak foreign and domestic policy, Slovakia threatens to reorient its policy eastwards. An alternative to this under discussion is the adoption of a position of international neutrality, which under existing circumstances would also suit the Russians. At times this political manoeuvring manifests itself in a lack of orientation or in a search for a clear direction in security policy (East or West). At other times, however, Slovakia, believing itself indispensable, actually tries to engage in political blackmail of its European partners.
5. The contradiction between rhetoric and reality is most clearly discernible in the composition of the governing coalition. Apart from the HZDS, which as yet has no clearly defined position regarding orientation towards the East or the West, the coalition also includes two other parties that have openly declared their opposition to integration with the West, even though their programmatic declarations professed no reservations on the issue. If even one of these parties (the practically neo-fascist SNS or the neo-communist ZRS) were to withdraw its support from the HZDS, then the latter would be incapable of governing. In the event of a loss of political power the HZDS also stands to lose the – by Slovak standards – enormous proceeds raised by the privatisation of state property.
6. The economic dimension of Slovak-Russian relations is evident from the intensification of links with the Russian economy that took place in 1995 and 1996. This was a logical extension of the Slovak-Russian relationship as it was in the early 1990s when Slovakia was still part of the federation with the Czech Republic. Some branches of the Slovak economy were built up during the 1970s and 1980s as monocultures that were completely dependent on supplies of Soviet raw materials and on Soviet sales markets. Some enterprises have also made enormous profits out of trade with Russia. For this reason the directors of large companies that are dependent on deliveries of Russian raw materials and on the guarantees of the Slovak state are naturally interested in cultivating close relations with Russia. In return for state guarantees the directors of these enterprises support the HZDS movement. One can thus speak of a party lobbying culture in Slovakia.
7. By 1996 the intensive political bilateral relations between Slovakia and Russia had been anchored in more than sixty government-level treaties or agreements. Among the most important of these are the so-called Fundamental Agreement and the treaty on military co-operation, both concluded in 1993. Here the schizophrenic nature of Slovak foreign and security policy (as many people in Slovakia like to describe it) is clearly manifest, for the im-

plications of the obligations towards Russia laid down in these agreements stand in sharp contradiction to the obligations that Slovakia has entered into vis-à-vis the West.

8. Among the aspects of Slovak-Russian relations governed by security considerations is co-operation in the armaments sector. Slovakia has major ambitions to rebuild the historic reputation of its armaments industry. Here there is a long tradition of co-operation with Russia. The most capable Slovak experts can boast personal contacts in the Russian Federation and a good knowledge of Russian, since the former USSR was the main recipient of heavy military hardware made under Soviet license.
9. One of the most striking aspects of Slovak-Russian relations is their asymmetry, for neither economically nor politically are the two states of comparable stature. This means that bilateral relations have a different significance for each country. Whereas for Slovakia relations with Russia are primarily important from an economic point of view, with the political aspect playing a secondary role, for Russia Slovakia is an insignificant economic partner. The Russian interest in bilateral relations is determined chiefly by its political interest in the East Central European region as a whole.